



für Gefleien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Weltwacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Mittwoche 4/6, durch die Nachdruckausgabe der „Weltwacht“, Neue Gravenstrasse Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarettengeschäft Metzger, Mattpfistgasse 140, sowie durch alle Buchläden zu beziehen. — Bezugspreis im Vorraus zu entrichten wöchentlich 8,40 Goldmark monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werfttätige Bevölkerung

Verlagsart und Druckverfahrensliste Bitola 2

Gerafsch-Gratulie: Gejätefelle Ring 1206, Rebattion Ring 3141.

Einzelgenpreis: Regelmässig geschätzte Anzeigen aus Städten
14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 250
70 Pf. Gießenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Steueranzeige, Vereins-
Veranstaltungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro
Blatt 3 Pf. das letzte Blatt 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Gesellschaft
eingehen.

Suthers Mittelfabinett ohne Mehrheit.

Hermann Müller fordert klare Politik. — Westarp ebenfalls gegen Unklarheiten.
Der Kanzler verlangt ein positives Vertrauensvotum.

Im Reichstag hat gestern für die Mittelparteien der Zentrumsführer F e h r e n b a c h eine Rede gehalten, die an Farblosigkeit und Vorsicht nach allen Seiten der Erklärung des Reichskanzlers ziemlich gleich kam. Dann aber gab es Kurzschluß mit dem unklaren Hin- und Herreden: unser Parteiführer H e r m a n n M ü l l e r zeigt in einer wichtigen und gründlichen Rede, daß dieses Hin und Her der Mittelparteien und ihrer Regierung weder die schweren sachlichen Gegenwartsprobleme der Außenpolitik und der Wirtschaft lösen, noch eine Mehrheitsbildung im Parlament und im Volk ermöglichen kann. Das letztere bestätigt unmittelbar darauf der deutsch-nationale Führer G r a f W e s t a r p, sodass Luther und die Mittelparteien gerade wegen ihrer allzu großen Vorsicht bereits wieder auf dem Trockenen liegen. Wie ihnen die Große Koalition misslungen war, da sie als Heranziehung der Sozialdemokratie ohne sachliche Bewilligung unserer Forderungen versucht wurde, schien auch bereits die Mehrheitsbildung im Reichstag zu scheitern.

In dieser schwierigen Lage mußte Luther zum zweiten Mal ins Gefecht. Er legte nun wenigstens ein klares Gesinnnis für den Völkerbundseintritt und gegen jede reaktionäre Wahlrechtsverschlechterung ab. Das war zweifellos ein Fortschritt, nicht nur in diesen Fragen, sondern auch durch den damit gegebenen Gegensatz der Regierung zu den Deutschnationalen. Positive Vertrauen aber, dessen Kundgebung Luther forderte, dürfte es unserer Meinung nach unseren Abgeordneten noch nicht eingeslößen. Die Drohung mit dem Rücktritt dieses Kabinetts kann uns nicht allzu sehr schrecken, da wir auf die Dauer um eine neue Entscheidung des Volkes doch nicht herumkommen, die erst einen besseren Reichstag schaffen muß.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Luther und die übrigen Mitglieder des Kabinetts.

Auf der Tagesordnung steht die Befreiung der Gesetzgebung der Reichsregierung; verbunden damit wird der deutsch-nationale Antrag über die Vorbedingungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Mit zur Verhandlung stehen die drei Misstrauensvoten der Deutschen Nationalen, der Völkischen

Wdg. Gehrenbach (3tr.) gibt im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt: Die Absicht der Regierung, in Fortsetzung der in der Kanzlerrede enthaltenen Richtlinien die deutsche Außenpolitik auf der Grundlage des am 1. Dezember in London abgeschlossenen Vertrages im Geiste der Zusammenarbeit mit den anderen Mächten und in ebenso beionneter wie entschiedener Geltendmachung deutscher Rechte fortzuführen, findet unsere Billigung. Für die Teilnahme Deutschlands am Völkerbund muß ausschlaggebend sein der Gedanke, daß dadurch die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Außenpolitik eine bedeutsame Erweiterung erfahren. Mit Genugtuung nehmen wir Kenntnis davon, daß die Reichsregierung mit den beteiligten fremden Regierungen Verhandlungen eingeleitet hat, um sie auf die entscheidende Wichtigkeit der Bezahlungsfrage in den beiden rheinischen Restzonen hinzuweisen und eine baldige und bestiedigende Lösung anustreben. In der Innopolitik findet der Hinweis des Herrn Reichskanzlers auf die Erklärung vom 19. Januar 1925 über die grundsätzliche Einstellung der neuen Regierung zu den Fragen der Verfassung und zu den Beziehungen zwischen Reich und Ländern, zu den Fragen des Beamteniums und der Beamtenrechte unsere Billigung. Dasselbe sprechen wir aus für das wichtige umstrittene Gebiet der Schulpolitik. Auf wirtschaftspolitischem Gebiete stimmen die Regierungsparteien der Erklärung der Reichsregierung darin zu, daß die Selbstheilung der produktiven Kräfte des Landes mit allen Mitteln zu fördern ist. Innenwirtschaftlich halten die Regierungsparteien die Bereitstellung öffentlicher Mittel für die private Produktion nur in dem von der Regierung gekennzeichneten Umfang für angebracht. Eine weitgehende Kreditgebotung der öffentlichen Hand muß das Eigentum der Produktion normieren.

Dagegen muß alles getan werden, um die Produktion von innen heraus zu beleben und den Mittelstand zu stärken, wobei die Fürsorge für die Ausfuhr, die Belebung des Baumarktes und die Bekämpfung der Preisbildung durch übermächtige private Organisationen in erster Linie stehen. Für die Landwirtschaft ist eine Überprüfung der auf ihr ruhenden allgemeinen Lasten und eine Berichtigung ihrer Lebensnotwendigkeiten bei den Handelsabriegungsverhandlungen unerlässlich. Eine Herabsetzung und organisatorische Aenderung der Umlaufsteuer würde der geeignete erste Schritt zur Herabminderung der Steuerlasten sein. Die baldige Auflösung der heutigen Erwerbslosenunterstützung durch eine zivile gesetzliche Arbeitslosenversicherung ist unabdingbar. Die Bergarbeiterbevölkerung

ermartert eine befriedigende Lösung der Knappheitssicherung und auch das versprochene Reichsgesetz für Bergarbeiterchutz. Die Reform des bestehenden Arbeitszeitgesetzes halten wir für dringlich. An der Kräftigung der breiten Massen der werktätigen Bevölkerung durch das Zustandekommen einer träßlicher Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Gedanken der Arbeitsgemeinschaft haben Regierung, Parteien und Volk das gleiche Interesse . . .

Die Müller-Kraufen (Sos.)

Von der Erklärung der Regierungsparteien erwartete ich eine Auffüllung des gestrigen Programms des Reichskanzlers. Über diese Erklärung war nichts weiter als eine Umrückreibung der Rede des Reichskanzlers (Sehr wahrs bei den Soz.) Wie soll diese Minderheitsregierung die Mithilfe anderer Parteien erlangen, wenn das Programm so wenig präzise ist, wie das des Reichskanzlers. (Zustimmung.) Da der Reichskanzler sich auf seine früheren programmatischen Erklärungen bezog, hat er uns gegenüber dem Programm nicht die Klarheit gegeben, die wir erwartet hätten. Der Reichskanzler ist ja nicht ein unbeschriebenes Blatt; er war schon Kanzler der Rechtsregierung, bis die Deutschnationalen Locarnos wegen ausbrachen. Wenn die gesamte Rechtspresse behauptet, diese Regierung sei eine Linkssregierung, so weiß ich nicht, inwiefern der Geist der Linken in die Kanzlerrede hineingebracht ist. Dafür wird man den Beweis schuldig bleiben.

Das deutsche Volk befindet sich innenpolitisch und außenpolitisch in einer Lage, die ein zielstarkes Handeln verlangt. Der Abschluß der Krisenperiode ist erfreulich, denn auf alle Ansprüche und Forderungen wurde immer erklärt, es sei keine vorantwortliche Regierung da. (Zwischenruf.) Es wird mir zugesessen, wie es sei schuld, daß die Krise sich solange hinzog. Wir verwahren uns energisch dagegen. Die Regierung hätte schon im Dezember gebildet werden und ein solches Programm hätte schon damals gemacht werden können. Am 16. Dezember sagten wir den klaren Beschuß, daß wir die Regierung der Großen Koalition ablehnen. Zwischen dem 16. und 25. Dezember wäre es möglich gewesen, ein so inhaltsloses Programm aufzustellen, wie es gestern vorgetragen worden ist. Man verlangte aber nochmals unsere Beschlussschriftung. Als wir am 12. Januar unseren Beschuß nochmals sagten, hält die Regierung in kurzer Zeit zustande kommen können. Es waren ja die gleichen vier Parteien, mit denen schon lange verhandelt war, das Programm war fertig und

jeden lange verhandelt war, das Programm war jetzt aufgebrochtes nur übernommen zu werden; Aber dann kam der Kampf um die Ministerien und dieser Kampf hat uns gezeigt wie berechtigt unser Misstrauen war. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dass das Wort „Republik“ in dem Programm nicht vorkam und dass Herr Koch nicht Minister des Innern geworden ist, zeigt auch die Berechtigung unseres Misstrauens. Herr Koch hat doch mit den Bayern tagelang verhandelt. Über der bayrische Ministerpräsident Held wandte sich gegen Koch und stimmte auch der Bildung der Großen Koalition nicht zu. Das hat uns ja nicht überrascht, weil es in der Linie der Politik liegt die nun Bayern seit Jahren betrieben wird.

Ich wende mich nun zu den Fragen der Außenpolitik. Der Reichskanzler sprach sich entschieden für die Fortsetzung der Politik von Locarno und London aus. Das ist ganz selbstverständlich. Der Reichskanzler, der Reichsaußenminister und der Reichspräsident können diese Politik überhaupt nicht aufgeben. Das einzimmete Deutschland kann sich nicht bei Vorwurf der Zweideutigkeit seiner Politik zusiehen, den sich das Deutschland Wilhelms II. gezwungen hat (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Zeiten, in denen Wilhelm II. und Herr v. Hoffmann Politik getrieben haben, sind vorbei; wir brauchen die klare Linie einer ehrlichen Außenpolitik, ohne die ein deutscher wirtschaftlicher Wiederaufbau überhaupt nicht möglich ist, und darum kann es bestmöglich Locarno und London für jeden vernünftigen Menschen kein Zurück von dieser Außenpolitik geben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die wichtigste Entscheidung unserer Außenpolitik wird den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betreffen. Das hat der Reichskanzler ganz richtig ausgesprochen, aber wann soll die Entscheidung darüber getroffen werden? Es kommt darauf an, daß sie bald getroffen wird; die Errichtung dazu ist bereits gegeben. Hier ist besonders eine klare Politik notwendig, und der Reichskanzler muß den Mut haben, auszusprechen, daß die Entscheidung seinen Ausschluß duldet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich betone das ausdrücklich so schwer, weil in Deutschland Kräfte am Werk sind, die hier eine Politik der Sabotage befürworten. Wir haben gestern dafür gestimmt, daß der deutsche nationale Antrag mit zur Debatte gestellt wird, weil nach unserer Meinung Karlsruhe über die Regierungsschichtung

bezüglich des Völkerbundes geschaffen werden müßt. Wir hoffen, daß der Antrag glatt abgelehnt wird, wozu wir bereit sind, aber daß er höchstens ein Begräbnis zweiter Klasse bekommen soll. Von Voraussetzungen und Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund kann keine Rede sein. Wir müssen in Genf weiter treten, um das veraklassen zu können, was zugunsten Deutschlands notwendig ist. Kleine Freunde haben es bestellt, daß ich die folgende einz-europäische Abstimmungsfrage für Lukas führe. Unter Freund Macdonald hat in England die Justizreise dazu ergripen. Was wir die Wiedergutmachung fordern, gilt natürlich erst recht für die Wirtschaftskonferenz.

Schläge gemacht werden. Ich habe vor mir ein Heftchen, das unter Patronat des Bürgerrats des Herrn v. Loebel herausgegeben wird. Danach wird empfohlen, einen Mann hinzuschicken, dem man ein Schild um den Hals hängen kann mit der Inschrift „Der Hund heißt!“ Ereignen könnten wir nur dann etwas, wenn wir uns in Gemeinschaft unbegrenzt wie möglich machen; wenn der deutsche Vertreter gefürchtet werde, nur dann werde Deutschland beachtet und geachtet werden. (Unruhe.) Demgegenüber betone ich, daß wir nicht wieder eine Politik machen dürfen wie zu Zeiten der Haager Konferenz. Ich erinnere nur an die berüchtigten Randschmiedungen Wilhelms II. über das Scharfschlagen des deutschen Schwertes und das Pfeifen auf die Beflüsse der Konferenz.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß alle Parteien diese Hauses darin einig sind, daß die in der Botschaft erstmals vom 16. November 1925 gemachten Zusagen nicht erfüllt sind. In dem belebten Gebiete haben zur Glanzzeit des preußischen Militarismus etwa fünfzigtausend Menschen preußischer Truppen gestanden. Wir müssen verlangen, daß die Truppenzahl auf die Normalzahl herabgesenkt wird, wie es in den Besprechungen nach Locarno festgesetzt worden ist. Ferner müssen wir von uns aus arbeiten, doch durch unsere Politik der Widerstand verhindert wird, der sich gegen unsere berechtigten Forderungen äußert. Es kommt aus den Reihen der Entente militärs heraus, die genau so beschlossen sind, wie es während des Krieges die deutschen Militärs auch wußten. Man hält sich auf den Siegerlichen Geist in Deutschland. Es wird jedoch immer wieder darauf hingewiesen, daß der Tag der Abrechnung mit Frankreich kommen müsse. Auf einer sogenannten Reichsgründungsfeier hat neulich Professor Roethke die deutscher Jugend auf diesen Tag hingewiesen. Derartige unangebrachte Redensarten werden immer wieder vom Stapel gelassen, auch bei den Regimentsfeiern. Ich möchte an den Reichsaußen- und den Reichsaufnenminister die Frage richten, ob bei den Besprechungen in Locarno auf beratige Neuerungen in unserer sogenannten Wehr-Organisationen hingewiesen worden ist. Die französischen Behörden stützen sich aber vor allem darauf, daß eine so große Partei wie die deutschnationale erklärt, die Locarno-Gesetze seien nicht rechtmäßig stande gekommen, weil sie nicht mit der qualifizierten Mehrheit, die zu Verfassungsänderung erforderlich ist, angenommen sind. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine ganz unhaltbare Konstruktion. Aber umso klarer ist, daß immer wieder den französischen Militärs die beste Handhabe für ihre Haltung geboten wird. (Sehr wahrs! links.) Es ist kein Wunder, wenn deshalb die Rückwirkungen erst so spät eintreten. Von einem Vertragsbruch konnte aber erst die Rede sein in dem Augenblick, wo die Verträge in Kraft getreten sind. Das ist erst nach Einführung Deutslands in den Völkerbund der Fall. Doch das hält uns nicht ab, die Rückwirkungen zu verlangen, weil sie zur Vereinigung der Altnobhären nötig sind, in der die Beleidungsfrieden überhaupt verfürst werden.

Wir haben in der Vergangenheit nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir den Vertrag von Versailles so verurteilen würden, wenn eine andere Partei. Wir haben auch nie einen Zweifel daran gelassen, daß uns in der oberschlesischen Frage Unrecht geschehen ist. Aber wir sind mit dem Zentrum der Meinung gewesen, daß nur auf dem Wege der Annahme des Versailler Vertrages Deutschland vor der Feindseligkeit bewahrt werden könnte. Aus alledem geht hervor, daß wir bereit sind, in der Außenpolitik die Regierung Luther zu unterstützen in der Annahme, daß sie die Politik von London und Locarno treu bleibt, daß wir sie ab befämpfen werden in dem Augenblick, wo sie sich der Madagau-Politik der Vaterländischen Verbände.

Nun zur inneren Politik. Zunächst die Schulpolitik. Ich richte an die Regierung die Frage: Wird von ihr der bekannte Referenten-Entwurf zum Reichsschulgesetz zu ratifizieren gegeben? Bis jetzt ist das nicht der Fall. Wenn dieser Kampf um das Schulgesetz beginnt, werden wir uns den Interessen der Schulen annehmen und verlangen, daß auch die weltliche Schule den ihrer gebührenden Platz erhält. Der Reichskanzler hat anscheinend auch einen Gesetzentwurf ankündigen wollen, der die jetzt außerordentlich großen Reichstagswahlkreise verkleiner soll. Es darf aber damit nicht irgendwie etwas an dem grundsätzlich in der Verfassung festgelegten Wahlrecht geändert werden. Wir wenden uns vor allem auch gegen jede Heraussezung der Wahlaltersgrenze. (Zustimmung links.) Dann hat der Reichskanzler sich beschäftigt mit der reichsgesetzlichen Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den ehemaligen Füchsenhäusern. Wenn der Reichskanzler gemeint hat, es müsse die mit einem Volksentscheid verbundene Unruhe beseitigt werden, so ist die Unruhe keine Folge des Volksentscheids, sondern ein Volksentscheid ist die Folge der Unruhe. (Sehr wahr! Links.) Wir müssen gegen diese schamlosen Expeller vorgehen. (Zustimmung links; Unruhe und Zureife rechts; Unzufriedenheit.) Für die Einigkeit des deutschen Volkes sind die deutschen Füchten solidarisch. Nach der Bismarck'schen Verfassung war das Deutsche Reich ein starker Bund der Stützen. Das Bismarck jedem Deutschen zu Kopfe liegen, wenn er bösen beruh wie während des Krieges die Mittelschicht und die Hohenzollern sich in einer Deutscherheit um des Erden im Elsass herumgestrichen haben. Die Taugewissenspolitik hat dazu geführt, daß manche Freiheitsgelehrte deportiert worden ist. Die Stimmung zugunsten eines Vol-

Sie an die Konservativen, an die Nationalsozialisten, die mit wenigen Prozenten abgesunken waren sind. Denken Sie an die Kriegsminister, die gleichfalls nur mit wenigen Prozenten abgesunken waren. Was sollen die sagen, wenn Sie hören, wie jetzt die Führer mit 100 Prozent abgesunken werden sollen?

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind Wohlwollen und Mißtrauen ganz schön, aber merklich für die, denen sie gespendet werden. Das ist so groß, daß alle Parteien helfen müssen. Sind die Mittel zur Hilfe da? Die Hilfe wird größtenteils doch geleistet durch Verträge, die jetzt sogar auf drei Prozent erhöht worden sind. Dabei werden die erstaunlichen Arbeiter und Angestellten immer weiter belastet. So stehen für den April Mietverhöhungen in Aussicht; dabei haben die Arbeitnehmer keine Sicherheit, daß die „wirksam eingeleitete Preisentlastung“ ihnen nicht. Ich bedauere, daß diese Aktion nicht mehr Erfolg gehabt hat. Gegen die Kabelle und Spindale ist Durchgreifendes nicht gelungen. Wir haben die schwerste Krise seit Menschengedenken, die grösste Zahl der Konflikte, aber für die Kabelle und Spindale sind diese Zustände nicht fühlbar geworden. Die Sozialisten für die Wirtschaft beweisen nichts; denn sie sind nur ein vorbehaltener Bruchteil. (Sehr wohl! links.) Für die Gewerkschaften beruft man sich auf die Verfassung, aber den Gewerkschäfern ist gerade in der Verfassung die notwendige Unterstützung zugesagt worden. Das für die Kargearbeiter etwas geschehen möchtest sicherlich, sonst müssten immer mehr Betriebe stillgelegt werden. Der Reichskanzler hat u. a. das Arbeitsmarktschlage in Aussicht gestellt, ebenso die Nationalisierung des Washingtoner Abkommen über den Arbeitsmarkttag, sobald auch England, Frankreich und Belgien ratifizieren. In dem Progr. am 1. des Herrn Koch fehlte England. England hätte schon eine längere Arbeitszeit, als im Washingtoner Abkommen vorgesehen ist, hat also kein Interesse an der Ratifizierung. Die französischen und belgischen Arbeitsminister haben erklärt, daß sie zur Ratifizierung bereit sind. Die Herausgebung, daß auch England ratifiziert, scheint also nur hingestellt zu sein, um die Ratifizierung hinzuzögern zu können. (Sehr wohl! links.) Wir können also zu diesem Regierungsprogramm kein Vertrauen haben. Die Unschärfe des Programms hat uns gerade veranlaßt, der Großen Koalition das Vertrauen zu versagen, besonders nach den Erfahrungen, die wir 1923 bei der Sprungung der Großen Koalition durch die Deutsche Volkspartei gemacht haben.

Wir unterschätzen alles, was unseren Export verbessern und unsere Handelsverträge schaffen kann. In einem Artikel, den der Außenminister im „Hamburger Fremdenblatt“ am 16. Dezember 1923 veröffentlichte, schreibt es, daß diese Fragen mit der politisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen seien. Auf der Tagung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Fabrikanten in Berlin hat der Syndicus von dem Minister Neuhäusler gesagt, dieses Kabinett wäre wirtschaftsschädlicher als irgend ein Kabinett der Vergangenheit; je isolierter unserer Zolltarif, desto lästiger unsere Handelsverträge. Mit den Sozialisten seien immer noch bessere Handelsverträge zu erwarten gewesen als mit der Regierung. Wir werden diesen Teil des Programms des Reichstags unterschiedlich und hoffen dabei auf die Förderung durch den Reichswirtschaftsminister. Wir müssen allerdings nicht, wie Herr Curtius uns bewußt werden wird. Wir haben schon die Herren Scholtz, v. Raumer und Becker-Hessens als Wirtschaftsminister gehabt; wenn das so weiter geht, wird die Deutsche Volkspartei eine leistungsfähigste Wirtschaftsminister bestehen. (Heiterkeit.) Auf Grund der Vergangenheit des Herrn Curtius haben wir jedenfalls starke Bedenken, ob er die Wirtschaftspolitik fördern wird, die in der Linie des Programms liegt, die gelten der Reichstagswahl entschieden. Wenn die Herren so lange um das Sparen besorgen, so möchte ich darauf hinweisen, daß es etwas gibt, was dem unbedeutend viel gespart werden kann, nämlich bei einer Reform der Belegschaftsstufigkeit unserer Ländereinrichtungen. (Sehr wohl! links.) Das hier durch eine Beschleunigung erzielt, würde dem ganzen deutschen Volk dienen.

Dann noch einige Bemerkungen in Bezug auf Ausführungen, die während der Regierungserklärung in der Deutschen Zeitung ein gewisses Lachen erzeugt haben und ich auf die Entwicklung einer Staatskrise bezogen. Ich gebe hier nicht auf die Anträge ein, die die Deutschen Nationalen eingefordert und inzwischen eingegangen haben, die auf nichts anderes als auf eine Rückwärtsregierung des gesamten Verfassung hinweisen, oder ich muß Bezeichnung begegnen, daß die Tatsache, daß in Deutschland eine Minderheitsregierung regiert, jenes etwas mit den Voraussetzungen oder Vorbedingungen einer Staatskrise zu tun hat. Auch in anderen Ländern hat es Minderheitsregierungen gegeben. Ich weiß z. B. aus England hin, wo Macdonald eine Minderheitsregierung führte, die sogar außerordentlich wirklich gemein ist durch die Kooperation mit dem damaligen französischen Ministerpräsidenten Herrn. In Frankreich sind seit 1871 oft Minderheitsregierungen vorhanden gewesen. Also ist keine Minderheitsregierung gar kein Grund anzunehmen, daß sie der Vorläufer einer Diktaturregierung sein sollte. Was soll eine Diktaturregierung überhaupt in Deutschland? Nicht einmal im Jahre 1923, als die Firsten der Inflation aus höchste stiegen, ist ein Diktatorium aufgestanden oder ein Diktator angefahren. Was sollte ein Diktator auf sozialpolitischem Gebiet machen? Was wurde geschehen, wenn er etwa die sozialpolitischen Gesetze abschafft? Er

sollte doch nach der Meinung derjenigen, die einen Diktator wollen, zur einheitlichen nationalen Wissensbildung beitragen. Ich glaube, die Diktatur ist in Europa überhaupt etwas in Verein. Die Bulgarische ist erledigt, die spanische ist im Bau begriffen, und in Ungarn hat sich unter der Diktatur ein Staat entwickelt, wie er noch niemals in Europa erlebt ist.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, durch unsere Politik die Massen an die Republik zu fesseln, indem wir ihre Interessen wahrnehmen. Wir werden das auch außerhalb der Regierung für unser Programm wirken und die Angestellten, Arbeiter und Beamtenkreise werden das begreifen. Wir tun das aus höchster Verantwortung gegen das Schicksal der breiten Massen. Wir kennen auch unsere Pflichten gegen den Staat, aber zu ihnen gehört nicht, daß wir etwa jede Regierung zu unterstützen haben. Die gefürchtete Rede des Herrn Reichskanzlers war keine Werberechte für das neue Kabinett. Sie sollte nach rechts und nach links hin neutral sein. Die Zeiten sind zu ernst für Neigungsträgerei nach zwei Seiten. (Sehr wohl! b. d. Soz.) Die neue Regierung kann vor dem Auslande und dem Innlande nur bestehen, wenn sie Farbe verkennt. Deshalb, Herr Reichskanzler, heraus mit der Sprache! (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Abg. Groß-Westarp (Dnat) erklärt, daß seine Partei den Regierungsbahn habe verlassen müssen, als er auf dem Pago maggiore von Rebello umhüllt worden sei. Es handelt sich bei dem Widerstand der Deutschnationalen gegen die Politik von Locarno um sachliche Gründe. Es handelt sich darum, unter welchen Bedingungen die Regierung in den Völkerbund eintreten wolle. Ein klares Bild habe man aus der Erklärung des Reichskanzlers darüber nicht gewinnen können. Die Herabsetzung der Beziehungsstärke in der zweiten und dritten Zone müsse vor dem Eintritt in den Völkerbund vorgenommen sein. Geschehe das nicht, so seien die Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund nicht gegeben.

Das jetzige Kabinett ist eine Minderheitsregierung;

Es kann sich nur halten, wenn ein Teil der Abgeordneten

die Minderheit ist. Wir sind aber nicht bisher geschickt

worden, um uns der Stimme zu enthalten. (Zuruf: Halb und

halb! Heiterkeit.) Wir dürfen dieser Regierung nicht gestatten,

dich auf wechselseitige Wehrheiten zu führen. Vor allem aber steht fest, daß sie nicht die notwendige Unabhängigkeit

gegenüber der Sozialdemokratie besitzt. Unter den

Ministern des Kabinetts ist gerade der Mann, der am nächsten

an den Gewerken der Großen Koalition festhält, Herr Dr. Marx.

Wir haben also die Befürchtung, daß auch diese Regierung die

Politik der Großen Koalition machen wird, sich also auf die

Sozialdemokraten stützen wird. Die Demokraten haben

eine Zahl von Menschen, die ihrer Bedeutung nicht entspricht.

Auch diese Partei ist Trägerin einer Politik, die sich auf die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen einstellt.

In Stelle des Abg. Koch ist ja Herr Kühl, ich möchte sagen als

Koch-Ersatz, Innenminister geworden. Aber auch Kühl ist

Unitarier, und zudem Reichsbannermann. Auch von ihm

ist eine Unterstützung der sozialdemokratischen Forderungen zu erwarten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch haben wir nicht das

Vertrauen zu dem Finanzminister Reinholt, daß er den Sozialisierungsbefreiungen der Sozialdemokratie Widerstand entgegenstellen wird. Grade dieses Verhältnis zu den Sozialdemokratie zwinge uns zu starken Misstrauen gegen die neue Regierung. Die Befürchtungen bei der Neubildung des Kabinetts haben das parlamentarische System diskreditiert. (Stürmische Zurufe links.) Es wird jetzt daraus ankommen, Sparmaßnahmen zu treffen und dazu Verwaltungsspitzen zu schaffen, die von den parlamentarischen Räubern unabhängig sind. Unter Misstrauen gilt also der Außenpolitik der neuen Regierung und in der innen Politik dem anstrengenden Einstrom der Sozialdemokratie. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Reichskanzler Dr. Luther:

Es ist ausgesprochen worden, daß eine ganze Reihe von Fragen in der gestern vorgelegten Regierungserklärung nicht im einzelnen bearbeitet sind. Das trifft ja unzweckhaft zu, es ergibt sich aber aus der Lage, in der sich die Regierung der Mitte befindet. Wenn eine Mehrheit in der Regierung sich zusammengefunden hätte, dann hätte man wohl vorher eine ganze Reihe von Einzelfragen durchdacht und in prägnanter Form darlegen können. So wie der Tatbestand ist, handelt es sich um eine ganz andere Frage, nämlich einfach um die politische Frage, ob der Reichstag bereit ist, dieser Regierung, wie sie jetzt entstanden ist, die Möglichkeit zu praktischer Arbeit zu geben. Die Regierung hat sich zusammengefunden, nachdem uns weil Bildungen von Mehrheitsregierungen nicht möglich gewesen sind. Jemand muss Deutschland schließlich regieren werden. (Heiterkeit.) Es ist leicht, darüber zu lachen, aber uns ist es ernst.

Wir wissen, daß eine Mehrheit dieses Hauses sich in den großen außenpolitischen Fragen ohne die Deutschen Nationalen Volkspartei zusammengefunden hat. Wie soll nun eine einheitliche Regierung geführt werden? Wenn mir andererseits der Vorstand des Sozialdemokratischen Partei darum, ich müßte mich endlich entscheiden und klar Stellung nehmen, ja warum hat die Sozialdemokratische Partei sich nicht entschieden, in die Regierung einzutreten? (Sehr wohl! in der Mitte.)

Wir haben am Dienstag das Bild erlebt, daß bei der Stimmung über eine an sich faktische Angelegenheit, die genauso von entscheidender Bedeutung ist, sich sofort die ganze Oppositon oder sagen wir, weil ich in seiner Weise mündlich, mit festzunehmen in unsere Taktiken gegen sich zu setzen in gesunden haben. Das war bis zu einem gewissen Grade recht. Ich habe mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: Hier eine Minderheitsregierung. Ich weiß so gut wie Sie alle, man damit, mit einer Minderheit als solcher nicht regieren sondern immer eine Mehrheit braucht. Über gerade in derselben Zeit ist es unmöglich, daß die Regierung eines kleinen Minderheitsstaates abgelehnt Minderheitsverein auf dieser Grundlage können und wollen wir nicht arbeite (Weiß bei den Parteien in der Mitte.) Ich bin einig darüber (ähnliche Kabinettstillegungen, die wir auf eine positive Besitzung legen nicht verzichten können. (Beifall bei den Parteien der Mitte.) Wie wollen keine Regierung sein, die gebüdet sondern die vom Reichstag getragen wird. Mein auf dieser Grundlage werden wir die Arbeit übernehmen und durchführen. (Haftender Beifall bei den Parteien in der Mitte.) Die Entscheidung über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist grundlegend in diesem Hause gesetzt. Es handelt sich darum, können wir unser berechtigtes Bestreben zur Geltung bringen draußen oder drinnen (Zuruf rechts: draußen!) Ich antworte: Deinmal Entscheidung uns, im Rahmen des Völkerbundes mit den Mitgliedern des Völkerbundes zu arbeiten, dann müssen wir auch Leute dorthin, die das eine große Ziel, die Erfahrung und Kraftigungen irgendwelche Auslastung an dieser Stelle zu geben, müssen ablehnen. (Lärm rechts)

Innenpolitisch sind wir auch eine ganze Reihe Einzelheiten vorgelegt worden. In unserer harren wirtschaftlichen Not befinden wir doch immer darauf angewiesen, das Mögliche mit den Einzelheiten gegeneinander abzuwägen. Ich bin aber nicht der Laien, heute eine Erklärung darüber abzulegen. Wir wollen nicht eine Veränderung des Wahlrechts, sondern eine Veränderung der Wahlgeschäftsordnung. Die jetzige Wahlrechtsordnung hat sich nicht bewährt, weil sie an die Stelle des gewöhnlichen einzelnen Menschen die Liste, die Partei, gesetzt hat. (Sehr richtig!) Unser Ziel wird es sein, die einzelnen Wähler wieder einzeln hat eine Persönlichkeit wählen zu lassen. Die Regierung und die Männer, die sich zum Eintritt in bereit erklärt haben, glauben aber ihre Arbeit nicht überzeugt zu können, wenn ihnen nicht ein positives Vertrauensvotum gegeben wird. (Lebhafte Beifall b. d. Mitte.)

Die Regierungsparteien haben folgendes

Votum eingebracht:

„Die Reichsregierung besitzt das Vertrauen des Reichstages.“

Abg. Hederl (Komm.): Das jetzige Kabinett wird ohne Zweifel eine Politik freilegen, die nichts anderes ist als die Fortsetzung der Politik des vorigen Kabinetts. (Das Haus hat sich ganz gefreut, auch bei den Kommunisten hören nur etliche Männer zu.) Der Redner greift besonders den Reichsminister Gehelein an, er wird deshalb vom Vizepräsidenten Reicher zur Ordnung gerufen. Die anderen Männer, ferner Redner fort, seien nun nichts besser. Als er von Stresemann sagt, er treibe eine Politik niedriger Heuchelei, wird er wieder zur Ordnung gerufen und mit der Wortentziehung bedroht. Wenn die Regierung habe kein Programm, in Wirklichkeit habe sie das Programm, Deutschland noch weiter in den Abgrund wirtschaften. (Sehr richtig! bei den Komm.)

Abg. Hesch (Dem.) meint, daß die Außenpolitik seit Jahren unvermeidbar besser geworden sei. Der Völkerbund sei der Kampf, auf dem die Auseinandersetzungen zwischen dem alten Gemütsgeiste und dem neuen Volksgeist geführt werden müssten. Der Redner lebt sich dann für den Aufbau des deutschen Staates in Österreich ein. Im einzelnen wünscht der Redner dem neuen Finanzminister ein festes Herz, wenn er sich zum Kampf mit seinem Staatssekretär aufmacht. (Sehr richtig! b. d. Dem.) verlangt Neuregelung der Umfaßverkehr und wesentliche Herabsetzung der Kapitalverkehrsteuer.

Abg. Hanape (Wirtsh. Bdg.) behauptet, daß das Grundziel der heutigen Krise das parlamentarische System sei und die neue Regierung sei ein Geschöpf dieses Systems. In Locarno sei eine Politik der verdeckten Sanktionen getrieben worden, die Hoffnungen und Erwartungen, die an diese Politik geladen werden, seien enttäuscht worden. Bevor Deutschland in den Völkerbund eintrete, müssen Garantien für die Rückwirkung gegeben werden. Der Redner erläutert weiter, daß die Preisentlastungsmaßnahmen deshalb bisher unwirksam gewesen seien, weil man gegen die Kartelle und Syndikate nicht vorgegangen sei. In der Frage der Kürtenbachfindung müsse man eine Lösung finden, die auf der einen Seite das Rechtsgeschäft nicht verletzt, auf der anderen Seite aber auch die Notlage des Volkes berücksichtige. Der Redner schließt mit der Erklärung, daß sie sich aber an der sozialen Arbeit beteiligen mölle. (Sturm.)

Die Beratungen werden dann abgebrochen. Vizepräsident Reicher schlägt vor, die nächste Sitzung Donnerstag Nachmittag abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte in Verbindung mit den zu der Regierungserklärung gestellten Anträgen.

Mit wildschwingendem Herzen froh Tommy in den Schrank und schob den kleinen Vorhang beiseite, der das Guckloch bedeckte. In der geräumigen Stube lag in einem Lehnsessel ein alter Mann, der O'Keefe's Schilderung völlig entsprach. Tommy sah die falsche Schrankwand zurück und betrat das Zimmer. Der alte Mann, der in einem Bilderrahmen gehäkelt hatte, blickte auf und lächelte freundlich.

„Wer sind Sie?“ leuchtete Tommy.

Der alte Mann schüttelte den Kopf: „Ich weiß es nicht.“ Tommy, vor Freude überwältigt, ließ den alten Mann sitzen und eilte in das vorbereitete Wohnzimmer zurück. „Er ist es, Großvater! Er ist es!“ rief er begeistert.

„Das glaube auch ich.“

„Wer brachte ihn zu dir?“ erkundigte sich Tommy.

„Das geht dich nichts an, mein Sohn,“ lautete die Antwort.

Tommy wurde verlegen; er hatte eben gründlich gegen die hier herrschende Eitelkeit verstoßen, deren Hauptregel lautete:

„Stelle keine Fragen!“

„Dort ist Harvey Word.“ begann er stammelnd.

„Ja. Es wäre mir sogar lieb, ich brauche das Zimmer für einen Freund. Word und O'Keefe sollen herkommen und feststellen, ob der alte Mann tatsächlich der von Ihnen beschriebene ist. Wenn ja, so kann ihn Word bei sich unterbringen und dort beobachten.“

Mary Old öffnete die Tür und ein in einen großen Mantel gekleideter Mann trat ein.

„Guten Tag, Großvater.“ Er warf einen mißtrauischen Blick auf Tommy und blieb unschlüssig an der Tür stehen.

„Komm mir herein“, beruhigte ihn der Großvater. „Dieser Bursche ist ein Freund. Du kannst ruhig vor ihm sprechen.“

Der Mann trat näher, schlug den Mantel zurück und warf beide Hände Blätter aus die Erde.

„Du sollst sie aufbewahren, Großvater,“ erklärte er. „Ich hole sie nächste Woche wieder ab.“

Der alte Mann nickte, rief „Word“. Das Mädchen kam, holte die beiden Sätze auf und trug sie fort.

„Sie würden jetzt gehen, sagte Tommy, die vor Ungebühr brechende Farbe von seinem Gesicht.“

„Sie heißt nicht „Harvey“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief Tommy, das Mädelchen kam, holte den Sack und gab ihn ihm.

„Sie heißt „Word“,“ rief

Nener Kurs im Reichsfinanzministerium?

Was will Reichsfinanzminister Dr. Reinhold?

Von Paul Hart

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Reinhold übernimmt ein schweres Amt. Die im Sommer vom Rechtsblod durchgeführte Steuerreform wird von allen Seiten bekämpft. Ihre heftigsten Gegner sitzen in den Rechtsparteien, obwohl sie die stärksten Stützen des Herrn von Schlieben gewesen sind, als er seine Steuerpolitik gegen den Widerstand der Linksparteien durchsetzte. Jetzt, wo sie der politischen Verantwortung ledig sind, soll nun der Nachfolger Schliebens das wieder gut machen, was sie mit verschuldet haben. Mit großen überschwenglichen Hoffnungen ist die Berufung Dr. Reinholds als Reichsfinanzminister begrüßt worden. Sagt man ihm doch nach, er sei nicht nur ein fähiger Mensch, sondern auch ein Finanzpolitiker, der in stärkerem Maße wirtschaftliche Gründe berücksichtige, als sozialistische.

Die Sozialdemokratie ist frei von der Überhöhung der Persönlichkeit. Mehr als auf jedem anderen Posten sind dem Wirkeln der Persönlichkeit im Reichsfinanzministerium Schranken gelegt. Die Art und der Umfang der Steuerleistungen unterliegt stets den heftigsten Kämpfen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft. Von ihrer Stärke hängt deshalb die Finanzpolitik viel mehr ab als von den noch so wohlmeintenden Wünschen einzelner Personen. Zudem hat Herr Dr. Reinhold als zuverlässiger Anhänger der Demokratischen Partei nie einen Zweifel daran gelassen, daß er mit beiden Seiten fest auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung steht und in dem Schutz des Privateigentums eine wichtige Aufgabe erfüllt. Wir möchten aber auch annehmen, daß er die objektiven Schranken beachtet, die dem Wirkeln eines jeden Finanzministers, der sich seiner Verantwortung bemüht, entgegenstehen. Das ist die Notwendigkeit der Erhaltung der Stabilität unserer Währung und die Erfüllung der Reparationspflichtungen gemäß dem Londoner Abkommen.

Was ist unter diesen Umständen von der Tätigkeit des neuen Finanzministers zu erwarten?

In erster Linie wird die Nachprüfung der Steuerreform des Rechtsblods stehen. Die Umstände dafür sind allerdings nicht besonders günstig. Die Wirtschaftskrise beginnt ihre Wirkungen auch auf die Steuereinnahmen des Reiches auszuüben. Sie sind in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen. Dazu hat neben der Wirtschaftskrise auch der aktive Widerstand des Großbürgertums, insbesondere der Großwirtschaft und Großlandwirtschaft, beigebracht. Auch die Stundung von Steuern in Höhe von mehr als 300 Millionen legt Zeugnis dafür ab. Des ferneren ist von Wichtigkeit, daß gerade in diesen Monaten die grundlegenden Verhandlungen zur Einkommen-, Körperschafts- und Vermögenssteuer stattfinden. Diese Erwägungen scheinen auch auf Herrn Dr. Reinhold nicht ohne Einfluß geblieben zu sein. In seiner Abschiedsrede im sächsischen Landtag erklärte er:

„Es muß deshalb unbedingt auf dem Wege, den Sachen mit der Senkung der Realsteuer, und das Reich vor allem mit der Senkung der Umsatzsteuer begonnen hat, soweit die öffentlichen Finanzen es irgendwie zulassen, fortgeführt werden.“

Es ist bemerkenswert, daß in der bürgerlichen Presse der Zwischenjahr „sowohl die öffentlichen Fragen es irgendwie zulassen“, unterdrückt wird. Soweit die dehbare Formulierung ein Urteil ermöglicht, darf man also von Herrn Dr. Reinhold erwarten, daß seine Reformpläne zur Neugestaltung des Reichssteuerwesens nicht auf einem allgemeinen Abbau der Besteuerung gehen, sondern in erster Linie die weitere Senkung der Umsatzsteuer enthalten werden.

Wie weit dabei gegangen werden kann, will allerdings Herr Dr. Reinhold in erster Linie davon abhängen, wieviel die deutsche Wirtschaft an Steuern aufzubringen vermag. Danach müßte sich die Höhe der Steuerlast richten und nicht umgekehrt, die Höhe der Steuern nach den bewilligten Ausgaben. Man braucht den Streit, ob die Ausgaben sich nach den Einnahmen, oder die Einnahmen sich nach den Ausgaben zu richten haben, grundsätzlich gar nicht zu entscheiden. Es genügt die Konstatierung der Tatsache, daß erhebliche Teile der Ausgaben nicht herabgedrückt werden können. Es müssen also die dafür erforderlichen Einnahmen aus Steuern und Abgaben beschafft werden, solange keine Möglichkeit zur Aufnahme einer Kasse besteht.

Es gibt allerdings wesentliche Posten im Etat, wo Ausgaben erspart werden können. Wir denken dabei in erster Linie an Ausgaben für überflüssig gewordene Verwaltungsbüroden, die gewaltig gesiegten Ausgaben für Heer und Marine und an die hohen Pensionslasten, die dem Reich durch Offiziers- und Beamtenpensionen entstehen.

Allein an Pensionen und Renten geldern, die höher als 6000 Mark jährlich sind, zahlt das Reich die gewaltige Summe von fast 58 Millionen Mark. In diese Summe teilen sich 6175 Personen, im Durchschnitt also etwa 9400 Mark pro Kopf.

Von diesem Betrag entfallen auf die alte Wehrmacht allein 40,5 Millionen. In ihr gibt es nämlich 4330 Offiziere, die mehr als 6000 Mark Renten jährlich erhalten.

Es dürfte deshalb eine der dringendsten Aufgaben des neuen Reichsfinanzministers sein, zwecks Erzielung von Ersparnissen ein Pensionsförderungsgesetz für diejenigen Pensionäre zu denken, deren sonstiges Vermögen und Einkommen eine Rückerziehung ihrer Pension bestreitet macht.

Ob und in welchem Umfang darüber hinaus die Ausgaben vermindert werden können, hängt davon ab, ob eine andere Verteilung der Steuereinnahmen des Reiches möglich ist. Im Jahre 1926 erhalten Länder und Gemeinden von den Reichssteuern ein volles Drittel, nämlich 2337 Millionen Mark. Gegenwärtig wird geprüft, ob diese Summe ermäßigt werden kann. Auch werden die Unterlagen beschafft, die für die Neuregelung des Finanzausgleiches erforderlich sind, die zum 1. April 1927 in Aussicht genommen ist. Man plant die Beseitigung des jetzigen Systems der Ueberweisungen und die Einführung des Systems der Zuschläge zur Einkommen- und zur Körperschaftssteuer. Das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Industrie hat die letzten Zweifel darüber beseitigt, daß diese Änderung des Systems in erster Linie dazu dienen soll, auch diejenigen Einkommen zur Steuerleistung heranzuziehen, die jetzt vom Reich steuerfrei gelassen werden! Ein solcher Plan ist nicht nur steuerpolitisch verhängnisvoll, er zerstört auch jede soziale Fürsorge der Gemeinden. Er wird deshalb bei der Sozialdemokratie den Schärfern widerstehen. Einzusehen wird dem neuen Reichsfinanzminister das Problem des Finanzausgleichs wohl noch wenig Kopfzerbrechen machen, da seine Lösung erst in Jahresfrist akut wird.

Außern sich die Puffschisten wieder?

Die in letzter Zeit sich immer mehr verdichtenden Gerüchte über die Zusammenziehung puffedischer Gruppen um die Reichshauptstadt haben mehrfach Alarmrufe zur höchsten Bereitschaft der staatlichen Sicherheit gegeben. Gegenüber den rechtsradikalen Verbänden ausgelöst. Diese Alarmrufe sind, wie der „Sozialistische Presse Dienst“ von maßgebender Stelle befürchtet, feineswegs restlos aus der Lust hergestellt. Selbstverständlich ist an eine Entrohrung der Republik durch actionstüchtige Puffschistverbände nicht zu denken. Nichts ist jedoch, daß vor allem in der Raummarke in den Kreisen Soldin, Greifswald und Pritzki größere Gruppen angeschoben werden, die häufig mit landwirtschaftlichen Arbeiten, vor allem mit Holzfällen, beschäftigt werden. Diese Gruppen stehen zweitlos in Verbindung mit den ihres rechtsradikalen Gehirns wegen bekannten ländlichen Reitervereinen „Zieten“, „Sendlitz“ und „Lübow“. Zum gleichen Maßnahmen in der ehemaligen Schwabianen Reichswacht an dieser „Gruppensbildung“ beteiligt sind, ist vorläufig noch nicht festgestellt worden. Die preußische Polizei ist jedoch schon seit einigen Monaten damit beschäftigt, die in der Gegend von Soldin, Küstrin und Lübarsberg a. d. Warthe anwachsenden Zentren einer etwaigen antirepublikanischen Puffschistbewegung zu beobachten. Sie ist auch über den Außenhalt und die Tätigkeit des Kapitäns Eichhardt und des Oberleutnants Fossbach genau informiert. Die Erkundungen in der Neumark und der Grenzmark, die schon seit August im Gefolge der Reiter- und Schützenvereine zu bemerken sind, werden auch weiterhin gründlich beobachtet und gemeldet. Wo diese Gruppe eine Verbindung mit der Reichswacht herzustellen versuchten, gelang es, diese Zusammenhänge sofort festzustellen und zu unterbinden. Im übrigen läuft die durch die Kriminalpolizei und die Verfassungsstreuen Verbände über derartige Ansätze zu Puffschistverbänden genau informierte preußische Staatspolizei genügend, um irgendwelche Art zu Gewalttäglichkeiten verdächtige Handlungen im Raum zu erkennen. Besonders über eine erste annehmende Puffschistgruppe seien nicht angebracht. (Wir geben diese Information des Presse Dienstes wieder, indem wir unsere sozialistischen Freunde gleichfalls zur Wachtzeit auffordern.)

Der preußische Staatshaushalt

Der Preußische Landtag beschloß sich am Mittwoch mit der ersten Beratung des Haushaltes für 1928.

Finanzminister Dr. Höpler-Wissoff,

der den neuen Haushalt einbrachte, betonte in seiner Schilderung der Finanzlage, daß der Haushaltspunkt für 1926 in Einnahme und Ausgabe mit einer Gesamtsumme von 3223 881 000 Mark abhängt. Die dauernden Ausgaben hätten sich gegenüber 1925 um 73,9 Millionen vermehrt. Die eintägigen Ausgaben um 2 Millionen vermehrt. Aus dem Netto-Haushaltspunkt ergeben sich, daß der Zuschußbedarf der Hoheitsverwaltungen gegenüber 1925 sogar um 125,2 Millionen zurückgegangen ist und die Betriebsverwaltungen ein Mehr von 20,6 Millionen bringen. Somit haften an Steuern und Abgaben 143 Millionen weniger aufgebracht werden. Infolge des Beträges von 229,2 Millionen, womit der Haushaltspunkt für 1925 abhängt, müsse aus der Haushaltsssteuer noch ein Betrag von 92 Millionen für den allgemeinen Finanzbedarf bereitgestellt werden. Die Notwendigkeit hierfür ergebe sich aus dem Reichsfinanzausgleich, der den Anteil der Länder an den großen Reichssteuern gefügt und die Länder zum Ausgleich ihrer Zuschußträge auf die Haushaltsssteuer verzweigt habe. Der Haushaltspunkt für 1926 sehe noch immer eine viel zu starke Steuerbelastung vor. Es müßten daher weitere Ersparnismöglichkeiten, vor allem bei den Personalausgaben, vorgenommen werden. Hierfür sei aber in erster Linie eine großzügige Verwaltungsvoraussetzung.

Aus aller Welt.

Die Selbstmorde nehmen zu.

Die ungeheurende wirtschaftliche Not hat in Berlin eine wahre Selbstmord-Epidemie erzeugt. Am Mittwoch wurden nicht weniger als 10 Selbstmorde von Männern und Frauen in allen Lebensaltern verübt, die nahezu ausschließlich auf die wirtschaftliche Notlage zurückzuführen sind.

Todessturz eines Versuchsliegers.

Am Mittwoch nachmittag stürzte auf dem Flugplatz Staaken bei Berlin der 28 Jahre alte Pilot Rudolf Kühn aus Böblingen in Württemberg tödlich ab. Kühn mache Versuchslüge mit einem Segelflugzeug mit Hilfsmotor, wobei ihm eine Tragfläche brach.

Ein Raubmarsch

in Dienstag abend in Hamburg begangen worden. Als der Bandenkopf Martin Timm abends in seine Wohnung zurückkehrte, fand er die Leiche seiner 40jährigen Frau auf dem Fußboden vor. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß der Schädel mit einem scharfen Instrument zertrümmert worden war. Dem Mörder sind 230 Mark in die Hände gefallen.

Die Zunahme der Seefädel

Trotz der Ausbreitung der drahtlosen Telegraphie ist die Bedeutung der Seefädel in den letzten Jahren bedeutend gestiegen, wie aus einer Zusammenstellung des Büros der Internationalen Telephon-Union hervorgeht. Ende 1922 war die Zahl von 3221 Linien mit 610 731 Kilometer Kabel umspannt, während es 1923 mit 3550 Linien mit 889 181 Kilometer Kabel gab. Der Zuwachs betrug monatlich durchschnittlich 1400 Kilometer. Im Januar 1925 gab es 3650 Linien mit 987 741 Kilometer Kabel, wobei der Zuwachs monatlich durchschnittlich 1600 Kilometer betrug, also 15 Prozent mehr als vorher. Der weitaus größte Teil des Kabelnetzes befindet sich in den Ländern Englands und der Vereinigten Staaten, und die meisten Kabel liegen auf der See. Zugleich in der Gruppe der Tropen gebauten.

Zeiteinschätzungen der Finanzlage des Reiches führt daher zu dem gleichen Ergebnis:

Eine erhebliche Verabschaffung der Finanzlage des Reiches ist nur möglich im Einheitsstaat.

Sie verlangt also die Beseitigung der Sonderexistenz der Länder und die rationelle Verwaltungsform, die die beste Erfüllung der öffentlichen Aufgaben mit den geringsten Mitteln zu erzielen sucht. Hoffentlich folgt der neue Reichsfinanzminister seinem demokratischen Kollegen Höpler-Wissoff in Preußen in der Erkenntnis der Bedeutung des Einheitsstaates für die Verminderung der Steuerlasten. Ist aber gegenwärtig nach Erfüllung der finanziellen Anforderungen, die die Wirtschaftskrise an die Reichsfinanzen stellt, die Möglichkeit zum Abbau von Steuern gegeben, dann muß sie erfolgen mit dem Ziel, die Wirtschaftskrise zu beenden, nicht aber mit der Absicht, dem Besitz weitere Entlastung zuteil werden zu lassen.

Der Weg zur Überwindung der Wirtschaftskrise geht über die Senkung der Preise.

Der Abbau der Umsatzsteuer ist in der gegenwärtigen Lage Deutschlands ein gutes Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Daher muß jede Steuerreform in erster Linie diese Forderung erfüllen.

Anschließend erledigte das Haus, da die Aussprache zum Haushalt erst am Donnerstag beginnt, noch verschiedene kleinere Gegenstände, so die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlängerung der Geltingsdauer einzelner Teile der Novelle zum Polizeikostengesetz bis zum 31. März 1927. Zum Schlusse wurde ein deutlich wahlpolitischer Antrag abgelehnt, der die preußische Verfassung dahin ändern wollte, daß die von einem Strafverfahren erfassten Handlungen vor Ablauf des Verfahrens nicht zum Gegenstand der Untersuchung eines parlamentarischen Ausschusses gemacht werden können. — Nächste Sitzung Donnerstag. Beginn der Clubberatung.

Die Dittmann-Broschüre

ist gestern im Untersuchungs-Ausschuss feierlich als nicht amtlich festgestellt worden was ihren Wert nicht vermindert. Die bürgerliche Mehrheit des Ausschusses wünschte außerdem in Zukunft die Unterlassung von Veröffentlichungen ohne ausdrücklichen Mehrheitsbeschluß, was Sozialdemokraten und Kommunisten im Interesse der Wahrheit mit Recht ablehnen. Eine Mißbilligung der Veröffentlichung Dittmanns wurde gegen die Rechtsparteien vom Ausschuss abgelehnt.

„Gitterzehrung“-Schwäche in Berlin. Am Mittwoch abend veranstaltete das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Berlin „zu Ehren“ von Kaiser Wilhelms 7. Geburtstag 7 rechtswidrige Kundgebungen gegen die unerhörten Forderungen der Fürsten. Die Versammlungen, in denen u. a. die Generale Löbe, Sollmann, Dr. Moses, Löffler sprachen, waren durchweg überfüllt. Besonders eindrucksvoll zeigte sich eine Kundgebung im Berliner Westen, die auf dem Wittenberg-Platz unter freiem Himmel stattfand. Zur gleichen Zeit sprach in Wilmersdorf auf einem republikanischen Abend General Scheidemann zugunsten der Enteignung der Fürsten. Die Kommunisten Groß-Berlins hatten ihre Anhänger für 6 Uhr abends nach dem Luisengarten beordert, um gleichfalls gegen die Fürstenforderungen und für erhöhte Gewerkschaftsförderung zu demonstrieren. All diese Veranstaltungen verliefen ohne Zwischenfall. Hin gegen kam es nach 11 Uhr abends am Wittenberg-Platz in Charlottenburg zu einer folgenschweren Schieberei zwischen Nationalsozialisten, die von einer Kaisergeburtstagejahr kamen und einem Zug der Kommunisten, der vom Luisengarten zurückkehrte. Bei dem Zusammenstoß entpannte sich eine Schlägerei, model die Nationalsozialisten sofort von der Schuhwaffe Gebrauch machten. Zwei Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes wurden sehr schwer verletzt, der eine durch Bauchschuß, der andere durch einen schweren Bedenkschuß, drei andere Kommunisten sollen ebenfalls Schuhverletzungen davongetragen haben. Die Schüsse sind, so weit bis jetzt festgestellt werden konnte, von einem Wölkchen abgegeben worden, der auf einen Straßenbahnenwagen gesprungen war und von dort aus seinem Revolver vier bis sechsmal feuerte. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor und war noch lange nach Mitternacht damit beschäftigt, die Straßen zu säubern. Der Abtransport der Schwerverwundeten durch das Rettungssamt gestaltete sich schwierig, da der völkische Panzer eine wilde, drohende Haltung gegen Sanitätswagen und gegen Polizei einnahm.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ bittet uns um Verbreitung des folgenden Beschlusses: „Wir eruchen unsere Kameraden, Versammlungen und Demonstrationen zu unterlassen, die von den republikanischen Parteien gegen die mäßigen Forderungen der Fürsten veranlaßt werden, soll zu unterstützen. Gemeinsames Vorgehen mit Rechtsparteien (Nationalsozialisten, Kommunisten und Roten Frontkämpfern) darf unter keinen Umständen stattfinden“.

Ein 74-jähriger englischer Arzt

in Arcana City namens Mefield, der seit 25 Jahren seine Praxis ausübt, wurde anscheinlich einer Untersuchung als Frau seines Sohnes unterzogen. Mefield erklärte, daß ihn seine Familie seit seiner Geburt als Knaben ausgegeben habe, um ihm sein Vermögen zu erhalten, das sonst an andere Personen gefallen wäre.

Verhaftung eines Schafklopfers in Afrika.

In Somaliland ist ein gewisser Samuron verhaftet und dem Gericht übergeben worden, der mit viel Erfolg eine Reihe von Betrugsmitteln verübt hat. Seine besondere Spezialität war es, mit gefälschten Dokumenten und Särgen in verschiedenen Siedlungseinheiten Geld zu erlangen. Seine Verwegenheit ging so weit, daß er sogar die Unterschriften der bekanntesten Somalipolitiker fälschte, so z. B. die Unterschriften Collin's und Romewits.

Ein großer Gemäldebrand

wird aus Miami (Florida) gemeldet. Auf der dortigen Kunstausstellung wurden mehrere wertvolle Gemälde des 14. und 15. Jahrhunderts gestohlen. Der Schaden beträgt 250 000 Dollar.

Die Ruinen einer alten Stadt wurden von einer wissenschaftlichen Expedition in den Philippinen entdeckt. Die Stadt muß nach den Angaben der Wissenschaftler bereits zur Zeit der Gründung Romas bestanden haben.

Umriss des Landes des Maillé.

Die Amerikaner sind das längste Volk in der ganzen Welt. Im vergangenen Jahr sind in den Vereinigten Staaten 86 000 Menschenleben durch Maßeinwirkungen verlorengegangen, wie das Statistikamt Maßeinwirkungen zu berichten weiß und zwar sind die Fälle Maßeinwirkungen durch die Maßeinwirkungen zugestanden. Das Automobil hat definitiv die größte Zahl der Maßeinwirkungen, die Motorräder und Motorfahrzeuge am meisten Opfer gegeben. Insbesondere ist die Feststellung, daß es einen tödlichen Maßfall in den Jahren 1923 und 1924 gegeben hat.

Schokolade, Pralinen

die gut und billig sind, bedeuten keinen Luxus, sie sind im Gegenteil infolge ihres hohen Gehaltes an Nährwerten ein hochwertiges Nahrungsmittel.

Unser nachstehendes Angebot stellt das Menschenmöglichste an Billigkeit dar! Es gestattet jedem, selbst bei der unerhörten Gießnot, recht ausgiebigen Gebrauch davon zu machen.

Wir verkaufen von Freitag, d. 29. Januar ab bis auf weiteres aus unseren Riesenbeständen:

1/2 Pfund Blütchenpralinen
1/2 Pfund Stanielpralinen
1 Tafel 100 g gute Vollmilchschokolade zusammen 1 Mark

1 Pfund Blütchenpralinen
1/2 Pfund Brusikaramellen
1 Tafel 50 g Speiseschokolade zusammen 1 Mark

1/2 Pf. flüssig gefüllte Schokoladenbonnen
1/2 Pfund Nuss-Bruch
1 Tafel 100 Gramm Blockschokolade zusammen 1 Mark

1/2 Pfund Kokosbreddchen mit Schokolade
1/2 Pfund Pralinen mit Staniel
1 Tafel 100 g Vollmilchschokolade zusammen 1 Mark

1/2 Pfund Bruchschokolade
1/4 Pfund Icunics Ronicchi (span. Mischung)
1 Tafel 62 1/2 g Vollmilchschokolade zusammen 1 Mark

5 Tafeln à 100 g gute Crèmeschokolade zusammen 1 Mark

1 Pfund Blockschokolade
1 Tafel 100 g Speiseschokolade zusammen 1 Mark

1 Biesentafel 125 g Vollmilchschokolade
1 Biesentafel 125 g Speiseschokolade
1 Tafel 100 g Mild-Nuss-Block zusammen 1 Mark

2 Tafeln à 100 g Speiseschokolade
2 Tafeln à 100 g Crèmeschokolade
2 Tafeln à 50 g Speiseschokolade zusammen 1 Mark

2 Biesentafeln à 125 g Speiseschokolade
1/2 Pfund gute Blockschokolade zusammen 1 Mark

2 Tafeln à 100 g Crèmeschokolade
1 Tafel à 50 g Speiseschokolade zusammen 50 Pfennige

Spezialität: 11. Makronen 1/4 Pf. 50 Pfennige

Der Verkauf findet in sämtlichen 10 Geschäften statt, und zwar:

Obauer Str. 53/54 Fr.-Wilhelm-Str. 34
Neue Taschenstr. 13 Haffniasstraße 29
Reutdesstraße 10 Haffniasstraße 133
Schniedersstraße 31/33 Schönleger Str. 18
Gräbsdorfer Str. 2 Gräbsdorfer Str. 60

Zuckerwarenhaus „Rekord“ G. m. b. H.

Proletarier!

Besiegte die Hindernisse des Sprachschrankens! Lernst die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gewünscht und verwendet wird!

Buchhandlung
Volkswacht
Reiters Verlag
Bremen 1, 2. Geschoss

DER
LEIDENSWEG
DES
REICHES
SCHUL
GESETZES
HEINRICH SCHULZ
PREIS 2.80 MARK

zu besuchen unter
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Gravenstraße 1

Reichsbahndirektion Breslau

Billige Wochenendfahrt nach Berlin

am 6. Februar.

Näheres im Schriftteil dieser Zeitung.

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für

Mk. 2¹⁰ per Liter
einschl. Steuer
den berühmten

Alten Breslauer 35
%

Weinbrand-Verschnitt Mk. 2⁸⁰

Jamaika-Rum-Verschnitt 2⁹⁰, 3⁵⁰

Unsere in ganz Deutschland berühmten

Edel-Liköre

3⁰⁰ 3⁶⁰ alles
per Liter
und einschl. Steuer

Dampf-Destillierwerk

Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48, Michaelisstraße 3

und Blücher-Platz 20.

MASKEN
ildner
neue Kostüme
Am Wäldchen 24.

Benutze die Buchkarte!

Für 50 Pf. wöchentlich
kannst Du Dir geistige Schätze von
unermeßlichem Wert erwerben.
Wende Dich sofort an unsere

Buchhandlung, Neue Gravenstraße 5.

Billige Tage!

abholbar billige Preise!

Bettbezug mit 2 Kissen, aus
gut kartiertem Stoffen jetzt nur 7.95

Bettbezug mit bestickten
Kissen jetzt nur 11.50

Bettbezug 2 Met. lang 4.95

Bettdecke jetzt nur 59 Pf.

Zudek Meter jetzt nur 78 Pf.

.....

H. Wassermann

Reiters-Wilhelm-Str. 35.

Gehessen!

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der

Volkswacht

.....

Affen zur Kenntnis!

Inventur-Verkauf

Sie werden sich überzeugen, daß in allen Abteilungen

Porzellan-, Glas-, Steinzeug-, Emaille- und Aluminiumwaren
Holz-, Bürsten-, Luxus-, Leder- und Spielwaren

bisher Unerreichbares geboten wird. Beachten Sie die großen Auslagen und Sie werden staunen, wie billig Sie Ihren Bedarf für Haus und Küche ergänzen können.

Kaufhaus am Dom

Adalbertstraße 20
Herrn. Sachs Nachfolger.

Keine
Spese
ohne



Weltmarken
Blauband
FRISCH GEWINNT

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Den Konfirmandenanzug

finden Sie bei uns in besten Qualitäten
und in größter Auswahl in den Preislagen

17.50 21.50 25.00 28.50

Eigene Anfertigung

Bevor Sie Ihren Bedarf decken, überzeugen
Sie sich ohne Kaufzwang von meiner
Leistungsfähigkeit.

L. Grager

BRESLAU, Albrechtstraße 51
Eingang zur Ecke Schuhbrücke

Gegründet 1860

Bitte

David: Referentenführer.

Eine Anleitung für sozialistische Redner.
Preis nur 60 Pf., auswärts 10 Pf. Porto.
Volkswicht-Buchhandlung (Moderne Antiquariat)
Breslau III, Neue Gravenstr. 5.

bei allen Einkäufen
stets die inserierten
unserer Zeitung zu
berücksichtigen

Die breite Masse raucht die

Qualitäts-Rauchtabake

von

CARL Vogelsang, Bremen

von hervorragender Güte.

Feinschnitte:

50 Gramm Jan Piet 30 Pf., Cavota rot 40 Pf., Cavota grün 40 Pf., Cavota blau 50 Pf., Quittengelb 70 Pf., Goldfasan 1.— Mk.

Beachten Sie den Vornamen — **CARL** — und fordern Sie ausdrücklich mein Fabrikat in allen Spezial-Geschäften

Bezirksvertreter: **L. CENTAWER, Breslau 13**
Höfchenstraße 82. Telefon Stephan 36162.

10547

PREIS 2.80 MARK

zu besuchen unter
Volkswacht-Buchhandlung
Neue Gravenstraße 1

Am 29. Januar
beginnt
der große

10548

KD

Sozialdemokratische ParteiPartei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Nummer 36
Telephon: Ohle 5552.

Jungsozialisten (jüngere Gruppe). Alle bisherigen Teilnehmer unserer Arbeitsgemeinschaft treffen sich Montag wieder zu neuer Arbeit im Gewerkschaftshaus, Anfang 8 Uhr. Neue Teilnehmer sind willkommen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. Januar.

Riesendemonstration der Arbeitslosen.

Es war nur ein Bruchteil des gewaltigen Heeres der Arbeitslosen Breslaus, das sich am Mittwoch vormittag zu einer Demonstration zusammengefunden hatte. Wie ein Gürtel umspannte der Zug in der 11. Vororttagstunde das Innere der Stadt. Während die letzten der Demonstrierenden vom Neumarkt abmarschierten, hatte die Spitze des Juges schon über die Taurianistraße hinweg fast den Mauritiusplatz erreicht. An diesem gewaltigen Juge konnte man sich erst ein Bild machen, was 33 000 Arbeitslose für unsere Stadt bedeuten. Da die Forderungen der Erwerbslosen rein wirtschaftlicher Natur sind, war auf dem Neumarkt die Order ausgegeben worden, von der Ansteigung jeglicher Abzeichen Abstand zu nehmen. Auch das entzettelte Bildnis des Marx-Höls mußte wieder eingezogen werden. Im Juge wurden Plakate mitgeführt, deren Inzisuren die Forderungen der Arbeitslosen trugen. Mit Recht forderte eine sich mehrmals wiederholende Inschrift, daß man die für die Kürsten abfindung bereitgestellten Millionen für die Arbeitslosen zur Unterstützung oder zur Ausführung von Rostandsarbeiten zur Verfügung stellen möge. Neben den zahlreichen Ordinarien, die die Erwerbslosen gesteuert hatten, hatte auch die Polizei den Demonstranten eine Reihe Berittener beigegeben, die sowohl an der Spitze des Juges, als auch im Juge selbst für Verhinderung von Störungen sorgte. Leider kam in die impulsive Demonstration bald dadurch ein arger Unfall, daß sich einige jüngere Erwerbslose den Anordnungen der Polizei nicht unterwerfen wollten. In der Bahnhofstraße sah sich deshalb die Polizei genötigt, um größere Ausschreitungen zu verhüten, blank zu ziehen und außerdem noch einige Schüsse abzugeben. Bedauerte man schon diesen Zwischenfall, so sollte es leider an der Regierung noch ärger werden. Nach etwa zweistündigem Marsch, oftmais behindert durch den starken Straßenverkehr, gelangte die Spitze des Juges nach 12 Uhr vor dem Regierungssitz gebauten an. In endloser Züge rückten immer neue Massen heran; der weite Platz vor der Regierung war schon dicht besetzt. Man mußte sich nach allen Seiten hin ausdehnen und immer noch waren die letzten nicht abzusehen. Man schätzte die Zahl der Demonstrierenden auf 8000 bis 10 000 Personen. Ganz bestimmt ist nun insofern ein Fehler begangen worden, als man diese Riesenmenge nicht hätte stundenlang warten lassen dürfen. Die Verhandlungen mit den Regierungsvertretern hätten so geführt werden müssen, daß man den Ankommenden sofort das Recht hätte bekannt geben können, so wie es dem Erwerbslosenrat am Neumarkt von den Vertretern unserer Partei und der Gewerkschaften vorgeschlagen wurde. Entgegen diesem Vorschlag schied der Erwerbslosenrat Leute zur Verhandlung, die mit der Angelegenheit nicht vertraut waren. Die verhandlungsfähigen Mitglieder des Erwerbslosenrates langten erst mit dem Juge an.

So zogen sich die Verhandlungen, die von den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Sozialdemokratischen Partei und von Mitgliedern des Erwerbslosenrates, mit den Regierungsvertretern, Regierungsdirektor Gabel und Regierungsrat Dr. Müller-Credenr., geführt wurden, sehr in die Länge. Die vor dem Hause Wartenden wurden ungeduldig, sie verlangten Bescheid auf ihre, in der letzten Erwerbslosenversammlung aufgestellten Forderungen, und da der Erwerbslosenrat und die Ordner auf einen großen Teil der Demonstrierenden ihren Einfluß nicht mehr geltend zu machen wußten, kam es, angestachelt durch unverantwortliche Sekretariate gewisse Elemente, die immer dabei sein müssen, wo etwas los ist, zu schweren Ausschreitungen. Die hinteren drückten nach vorne, sodass die Vorderen die Treppe zum Regierungsgebäude hinaufdrückt wurden. Die Polizei hatte die Anweisung, die Treppe freizuhalten. Bis jetzt hatte sie sich vollständig passiv verhalten. Doch nun mußte sie zur Räumung der Treppe schreien, was mittels Gummiknüppel und Berittener geschah. Das traurige Schauspiel, das sich nun dem Zuschauer bot, ist dasselbe, wie bei allen großen Demonstrationen, wo der Polizei Anlaß zum Einschreiten gegeben wird. Die gewaltigen Massen können nicht so schnell zurückweichen, die Sipo erhielt von ihren Vorgesetzten den Befehl, zu räumen. Der Arbeiter im Arbeitsamt räumte gegen den Arbeiter im Beamtenamt. Die Ersteren sind in der Überzahl und so wurden einige Polizeibeamte ganz erheblich verletzt, daß sie von ihren Kollegen weggeschafft werden mußten. Bei dem allgemeinen Handgemenge und dem stürmischen Verlassen des Platzes wurden Plätze und Stangen zerbrochen, die auf dem Platz liegen blieben. Ob von den Demonstranten welche ernstlich verletzt worden sind, ließ sich in dem allgemeinen Durunter und Drüber nicht feststellen. Außerordentlich bedauerlich sind diese Ausschreitungen; denn sie heizen und trüben, die den Anlaß dazu geben, wissen sich immer rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. In dieser gewaltigen Auseinandersetzung konnte natürlich das Resultat der Verhandlungen nicht bekannt gegeben werden und da ja auch die möglichen Stellen nicht in der Breslauer Regierung lagen, sondern in Berlin, können doch auch hier lediglich nur Verhöhungen abgegeben werden, die gestellten Forderungen nach Möglichkeit bei den frage kommenden Stellen zu beurteilen. So lief eine riesenhafte, impulsive Demonstration in einen schrecklichen Mißton aus.

Zu den Vorgängen am Frankfurter Platz wird uns noch von einem Augenzeuge folgendes mitgeteilt: Als ich am Mittwoch mittag gegen 12 Uhr, vom Landeshaus kommend, die Gartenstraße in der Richtung des Hauptbahnhofs passierte, sprengten auf dem Fahrdamm plötzlich drei berittenen Schupobeamte in eiligem Galopp daher und das Unfallglück dabei war, daß der mittlere der Berittenen einen Säbel schwang. Da die Beamten in der Richtung des Sonnenplatzes ritten, nahm ich an, daß sie wohl Verstärkung herbeiholen wollten. Inzwischen ging es am Frankfurter Platz, wie ich bald gewußt wurde, recht lebhaft zu. Ein Trupp Arbeitsloser, die offenbar aus der Bahnhofstraße kamen, in die Gartenstraße einbiegen wollten, um angeblich vor dem Landeshaus zu demonstrieren, wurden hier von Schupsleuten zu Fuß, die mit Gummiknüppeln ausgerüstet waren, davon gehindert und zurückgedrängt. Auch die in der Menge aufstauenden Ordner mit roten Armbinden machten selbst durch Bildung von sogenannten Wiederkäufen den Versuch, den Einmarsch in die Gartenstraße zu verhindern. Da die Aufregung und Gewalt unter den Leuten teilweise sehr groß war, weil vorher ein Beritten mit dem Säbel in die Menge hineingehauen haben soll (was ich selbst nicht gesehen habe), kam es verständlicherweise zu Blankeleien mit der Schupo. Auch soll polizeiliche Gewalt zur Auseinandersetzung geschossen worden sein, wobei aber niemand zu Schaden kam. Schließlich löste sich die Ansammlung auf und die Schupo konnten sich zurückziehen. — Die erwähnten drei Berittenen machten durch ihr tolles Reiten mit

Das neue Wasserwerk.

Am heutigen Donnerstag erfolgt die Übergabe des Wasserwerkes an der Norderoder durch den Magistrat. Damit findet die Nutzung der Wasserkräfte der unteren Staustufe in Breslau ihren Abschluß. Im Jahre 1921 genehmigte die Sozialdemokratische Stadtverordnetenversammlung entgegen bürgerlichen Bedenken die Ausführung von zwei Wasserwerken in der unteren Staustufe, um durch Nutzung der vorhandenen Wasserkräfte durch moderne Wasser-Turbinenanlagen in Abhängigkeit der immer größer werdenden Kohlennot Abhilfe zu schaffen. In altersschwärzer Zeit, mitten in den Inflationswirren, wurde in den Jahren 1921/22 der Bau des Süderoderwerkes durchgeführt und am 2. Mai 1924 feierlich der Stadtverwaltung übergeben. Mit dem Bau des Norderoderwerkes wurde im Frühjahr 1921 begonnen und das Werk Ende November 1925 in Betrieb genommen.

Die gesamten für die Stadt verfügbaren Wasserkräfte an der unteren Staustufe belaufen auf Grund langjähriger angestellter Erhebungen in 100-jährigem Jahresdurchschnitt vorsichtig berechnet 17 000 000 Kilowattstunden. Davon entfallen auf das Süderoderwerk jährlich 12 Millionen Kilowattstunden und auf das Norderoderwerk 5 Millionen Kilowattstunden. Die Gesamtyahreserzeugung der südlichen Wasserwerke wird mit 18 bis 20 Millionen Kilowattstunden anzusehen sein. In dem Süderoderwerk sind vier Turbinen eingebaut, die bei 4 Meter Gefälle und Wasserausflussleitung eine Leistung von je 1500 PS. bei einem Wasserverbrauch von 25 Kubikmeter in der Sekunde haben. Die minütliche Umdrehungszahl jeder Turbine ist 75. Jede Turbine ist mit einem über dem Maschinensatzfußboden befindlichen Drehstrom-Generator gekuppelt. Das Norderoderwerk besitzt zwei Turbinen von je rund 600 PS. Nutzleistung bei einem Gefälle von 4 Meter und einem Wasserverbrauch von 14 Kubikmeter in der Sekunde. Die Umdrehungszahl jeder Turbine ist 91 in der Minute. Die Turbinen sind auch hier perpendicularly mit den Drehstromturbogeneratoren gekuppelt, die eine Leistung von je 500 kW. bei 525 Volt Drehstromspannung besitzen. Jedes Kraftwerk besitzt außerdem ein großes, durch eiserne Doppelschüsse verschließbares Freigerinne, das die Flutgasse hat, die Abführung der Hochwasser zu gewährleisten. Die Reinigung der vor den Turbinenläufen befindlichen Feinrechenanlagen beider Werke wird durch je eine elektrisch angetriebene Rechenreinigungsmaschine bewirkt. Zur Aufstellung der Maschinen ist in dem Süderoderwerk ein für eine Nutzleistung von 30 Tonnen berechneter Raumraum aufgestellt. Im Süderoderwerk ist ein Raumraum von 20 Tonnen Tragkraft vorhanden. Von dem Schaltbrett des Süderoderwerkes aus wird auch das Norderoderwerk durch Fernbedienung mit bedient. Das gesamte Bedienungspersonal beider Werke besteht für Tag- und Nachdienst aus nur ungefähr 15 Personen. Die jährliche Kohlensparnis beider Werke beträgt jährlich rund 30 000 Tonnen Kohle. Hierin liegt die große wirtschaftliche Bedeutung der Wasserwerkswsanlage. Nach Fertigstellung der Bauarbeiten werden

sich die Stromerzeugungskosten wie bei allen Wasserwerkswenken sehr niedrig stellen. Sie bestehen dann nur noch aus den verhältnismäßig sehr geringen Aufwendungen für die Unterhaltung des Betriebs und der Anlagen. Hervorzuheben ist noch, daß beide Werke sogenannte Niederdruckläufe sind. Sie sollen nach Möglichkeit bei dauerndem Tag- und Nachtbetrieb die Wasserkräfte der Oder ausnutzen und die Grundbelastung der städtischen Elektrizitätswerke übernehmen. Wenn sie sich so erfreulicherweise in der Lage sind, den dritten Teil des gesamten städtischen Strombedarfs zu liefern, sind sie aber als Laufwerke nicht in der Lage, die Spitzenlast zu übernehmen. Hierzu ist nach wie vor nur das große Dampfkraftwerk am Scheibenweg nötig, das heute schon eine Gesamtmaximalleistung von 38 000 installierten Kilowatt besitzt und auf etwa 42 000 Kilowatt erweitert wird, während die beiden Wasserwerkswenken nur etwa 4200 installierte Kilowatt aufweisen. Eine weitere Verbesserung der Leistung des Süderoderwerkswesens ist in den nächsten Jahren durch die Abtragung der Kaempfischen Landzunge unterhalb des Süderoderwerkswesens erreicht werden. Das Wasserwerkswesens hat dadurch abgenommen und entsprechend das durch die Turbinen ausgenutzte Gefälle zu genommen. Die Leistung des Süderoderwerkswesens wird dadurch um etwa 10 Prozent erhöht. Die durch die Abtragung der Kaempfischen Landzunge freigewordenen Bodennässen sind zur Zusammensetzung des alten Werdermühlgründes und der Norderoder benutzt worden. Es konnte also der Flusslauf der Norderoder unterhalb des Wasserwerkswesens reguliert und Bauland im Herzen der Stadt gewonnen werden.

Beide Kraftwerke prägen sich dem auf den oberhalb liegenden Brücken stehenden Beobachter als solide aber eindrucksvoll wirkende Vertreter moderner Ingenieurkunst ein. Ihre Form entspricht sind die Werke als reine Bauwerke im Ziegelrohbau gehalten. Nur die monumentalen, durch Künstlerhand geschmückten Eingangstore der Werke sind reicher geschmückt und stellen eine wertvolle Vergrößerung des städtischen Kunstbezirks dar.

Die Maschinensäle lassen im Innern die Tragwerksteile aus Eisenbeton zu voller Erziehung kommen. Große, hochstrebende Fenster, die bis unter die Kontrahaken reichen und eine Kette kleiner bis unter das Dach reichender Fenster lassen Licht in die großen Räume fluten. Durch leichte, farbige Beleuchtung ist versucht worden, den Raumausdruck aus dem Charakter des rein Maschinellen herauszuheben und dadurch der Freude an der Arbeit einen bescheidenen Ausdruck zu geben.

Bei der Lage beider Werke ist sorgfältig auf die künftige Entwicklung der Stadt Rücksicht genommen worden, so daß die Werke sich auch den künftigen Straßen, Brücken, Wehr- und Schiffahrtsanlagen harmonisch anpassieren werden.

Die Breslauer Arbeiterschaft darf stolz darauf sein, daß es dank dem Mut gerade ihrer Vertreter auf dem Rathaus in schwerer Zeit gelungen ist, diese schönen Werke zu errichten.

Die Theaterangestellten für die Arbeitslosen.

Die künstlerischen und technischen Angestellten der Vereinigten Theater G. m. b. H. Oper und Thaliatheater, haben auf Anregung der Intendanten sich bereit erklärt, in den Monaten Februar, März, April, Mai und Juni je eine Vorstellung für die Erwerbslosen kostengünstig abzuhalten. Sämtliche Angestellten der Vereinigten Theater G. m. b. H. haben auf Honorar für diese Vorstellungen verzichtet.

Gustav Ulrich †.

Gestern nachmittag um 3 Uhr wurde auf dem Gräbchen Friedhof der Genosse Gustav Ulrich auf letzten Ruhe bestattet. In ihm verliert Parc. eis. und Gewerkschaftsbewegung einen alten Kämpfer. Kaum 56 Jahre alt, hat er sich im Weltkrieg ein chronisches Lungenleidens zugezogen, das ihn zu jahrelangem Sichtatum verurteilte. Schon in jungen Jahren beteiligte er sich heroisch an seiner Berufssorganisation auf der Arbeitsebene wie draußen in der Provinz. Auch in der Parteidarbietung hat er besonders in der Kleinarbeit, aber auch als Distriktsführer, einen Mann gezeigt. Er war ein treuer Familien- und großer sozialistischer Sohn, brachte er manches Opfer für die Arbeiterbewegung, er war ein echter Proletarier und diente als Vorbild seinen Freunden. Partei und Gewerkschaft verehrten in ihm einen hohen Mann. Leicht sei ihm die Erde.

Der erste und zweite Teil der „Geschichte der Breslauer Sozialdemokratie“

liegt nun fertig vor, die Zeit bis zum Ende des Sozialistengesetzes umfassend. Der Preis des 628 Seiten umfassenden Buches in Banden gebunden beträgt nur fünf Mark. Der Sozialdemokratische Verein Breslau gibt sein Geschäftswesent, welches er auch im eigenen Verlag erschienen ließ, an die Parteidarbietung zum Herstellungspreise ab. Das Werk ist bei dem Genossen Robert Herrmann, Margaretenstraße 17 II. Zimmer 20, zu haben.

Die Parteidarbietung ist wieder von dem Landtagsabgeordneten Theodor Müller bearbeitet worden. Der erste Teil derselben (die Zeit von Beginn des Ausnahmegesetzes bis 1878-1890) war bereits im Jahre 1915 erschienen. Längst vergriffen, bringt jetzt die zweite Auflage eine wesentliche Erweiterung des Inhalts von 160 auf 220 Seiten. Deshalb brauchen die Besitzer eines Buches der ersten Auflage nicht vor dem Wettbewerb dieses Teiles in zweiter Auflage zurückzuschrecken.

Der zweite Teil des Geschichtswerks erscheint völlig neu; er behandelt die schwere Zeit des Sozialistengesetzes (1878-1890). Er umfaßt 408 Seiten und hat, wie der erste Teil, zahlreiche in den Text passende Illustrationen. Beide Teile sind zusammen gebunden.

Der in künstlerischer Bearbeitung befindliche dritte Teil soll die Zeit vom Ende des Sozialistengesetzes bis zum Zusammenbruch Deutschlands im Weltkriege behandeln (1890-1918). Dieser Unterteilung war notwendig, weil die Lage der Partei und ihre Aktionsmethode vor dem Sozialistengesetz eine andere war, als während und nach demselben. Ebenso wie dies nach der Umwidmung der Fall ist; diese Zeitschreie wird später einen vierter Teil nötig machen.

Besonders jedem Breslauer Sozialdemokraten, aber auch jedem Schlesischen, kann nicht drohend genug die Anfertigung dieses Lehrreiches und preiswerten Buches empfohlen werden. Es ist das Buch des fairen sozialen Arbeiters!

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg-Gedenkblatt steht eben 8 Uhr in der Moskauischen Gemeinde, Grünstraße. Das Programm besteht aus Gesang, Revolution und Appelle. Das Feier wird veranstaltet von der Sozialistischen Arbeiterjugend und den Jungsozialisten. Zur Unterhaltung muß ein Eintrittspreis von 15 Pf. für Jugendliche und 25 Pf. für Erwachsene gezahlt werden.

Die Arbeitsgemeinschaft freieschaffiger Verbände hat Herr Professor Hartwig aus Breslau zu einem Vortrag eingeladen. Da der Saal des Gewerkschaftshauses bereits befüllt war, spricht Professor Hartwig Freitag, 29. Januar, im Kinosaal der Moskauischen Gemeinde Grünstraße 14/16, und wer an diesem Tage keinen Zutritt mehr finden kann, der geht Sonnabend, 30. Januar, in die Aula des Johannisgymnasiums von Professor Hartwig einen weiteren Vortrag über „Mannschafts-Arbeitsauftragung, der Claude der Gewerkschaften halten wird.“

Der nervöse Polizeihauptmann.

Von zweitältester Stelle wird uns mitgeteilt, daß die Vorfälle am Regierungsbau gestern nur deshalb so folgenschwer wurden, weil der amtierende Polizeihauptmann zu früh seine Beamten aus dem Gebäude hinausstieß und aus die Verstülpungen zu früh einzog. Vom Regierungsvorstand Dr. Schwendt wurde er deshalb erheblich getobt.

Trübe Quellen der "Sächsischen Arbeiterzeitung".

Das Breslauer Kommunistenblatt ist wieder einmal so hilfsbedürftig und andererseits so habschüttig gegen uns, das es zu den trüben Quellen für die gewohnte Sozialistensicht greift. In der gestrigen Nummer drückt es "Auslassungen des Nachpostredakteurs Gathmann ab, die jedermann als den mißlungenen Versuch eines Fachsatzes dafür erkennen können, daß wir Gathmann wegen verschulter Erpressung anzeigen müssen. Wir denken nicht daran, solchen Leuten zu antworten, stellen aber fest, daß die "Arbeiterzeitung" selbst Gathmann nach einer früheren beratlichen "Entlösung" gegen Sozialdemokraten selbst in ihren Spalten als "Lump" bezeichnet hat. Dies Zeuge gegen uns ist ihr aber auch noch jemand recht, den sie selbst für einen "Lumpen" erklärt. Eine eigene Ergänzung des KPD-Blattes nicht möglich — da im Gathmannsblatt zu liegen — eine angebliche Demission des "Kollwachts" gegen einen Kommunisten aus dem Jahre 1923 nachzuweisen. Die betroffene Meldung war aber weder ein Erzeugnis unserer Redaktion (sie kam aus dem Sosialdemokratischen Pressekreis), noch kann sie in irgend einem Bericht gegen den betreffenden Kommunisten als Beweismaterial verwandt werden sein, da die KPD-Presse selbst erst drei Jahre vorgehen läßt, um die Behauptung zu erläutern. Was wohl zu ihrer Kenntzeichnung genügt.

Wochenendfahrt nach Berlin.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Den Noigen der diesjährigen Werbe-Sonderfahrt zu ermöglichen breiten eröffnet die Reichsbahndirektion Breslau mit einer Wochenendfahrt nach Berlin am 6. und 7. Februar. Bei der letzten Sonderfahrt im November vorjährigen Jahres waren die Teilnehmer nach Ankunft in der Reichshauptstadt sich selbst überlassen. Diesmal hat die Reichsbahndirektion für rechtliche Abwehrung während des Aufenthaltes in Berlin gesorgt. Ein ausführliches Programm über die Veranstaltungen wird den Teilnehmern beim Kauf der Fahrkarte ausgeschändigt. Außerdem werden Zusatzfahrten für die im Programm erwähnten Veranstaltungen und für Übernachtung in Berlin bei den Fahrkartenausgabestellen verkauft. Vielsachen Wünschen entsprechend ist der Fahrplan für diese Sonderfahrt so gelegt, daß für den Aufenthalt in Berlin reichlich Zeit zur Verfügung steht. Der Fahrplan ist folgender: Hinfahrt am 6. Februar: ab Breslau Höf. 6.28 Uhr, ab Liegnitz 7.48 Uhr; Berlin Schles. Br. ab 12.50 Uhr, Berlin Alexanderplatz 1.05 Uhr, Berlin Friedrichstraße ab 1.13 Uhr. Die Rückfahrt findet in der Nacht von 7. zum 8. Februar statt und zwar: Berlin Friedrichstraße ab 11.58 Uhr, Berlin Alexanderplatz ab 12.07 Uhr, Berlin Schlesierbahnhof ab 12.20 Uhr; der Zug trifft in Liegnitz ein 5.21 Uhr, in Breslau Höf. 6.29 Uhr.

Die um 33½ v. h. ermäßigten Fahrpreise beitragen für Hin- und Rückfahrt ab Breslau 14.50 Mark, ab Liegnitz 12 Mark. Fahrkarten können in Breslau bei den Fahrkartenausgabestellen des Hauptbahnhofes, Freiburger und Oberforbachhofes vom 28. Januar ab gekauft werden. Der Schluß für den Verkauf von Zuschaf- farten ist unumstritten auf Donnerstag, den 4. Februar, 7 Uhr abends, festgesetzt, um die glatte Durchführung der in Berlin ge- stoffenen Veranstaltungen und die Unterbringung der Hotelgäste gewöhrlos zu können. Für Teilnehmer, die in Berlin übernachten wollen, liegen bei den einzelnen Fahrkartenausgabe- listen zur Eintragung auf. Die Zuweisung der Hotels erfolgt während der Fahrt. Es wird im Interesse der Teilnehmer gebeten, die auf der Hinfahrt eingenommenen Plätze bei der Rückfahrt wieder zu belegen. Zu diesem Zweck sind die einzelnen Wagen mit besonderen Nummern versehen.

Die Reichsbahndirektion Breslau hofft, mit dieser Sonderfahrt den Teilnehmern in vielfacher Beziehung einige angenehme genehme Stunden zu bieten.

Breslauer Frühjahrsmesse vom 7.—9. März.

Trotz Krisensturm und Konkurrenz weisen die einzelnen Gruppen immerhin ein stattliches Bild leistungsfähiger und an- geliebener Ausstellungsräume auf. Gewiß hat auch hier und dort der Drang der letzten Wochen und Monate Lücken in die Aussteller- reihen gerissen, die aber keinesfalls so bedeutend waren, als daß die Veranstaltung der Breslauer Frühjahrsmesse hätten gefährdet werden. Zufriedenstellend sind wiederum die Anmeldungen zur Textilmesse eingegangen, für die Fachleute mit einem guten Gefühl rechnen müssen. Gerade die Textilhandelsrechte rechnet besonders diesmal damit, daß ihre die Anordnung der einzelnen Auslagen die Dispositionen für das kommende Frühjahr-, und Sommergeschäft bedeutend erleichtert wird. Auch aus Kreisen der Wirtschaftsgeräte- und Porzellanwarenbranche verlautet, daß auf dem schlesischen Markt wohl erst die Breslauer Frühjahrsmesse eine gewisse Belebung des Geschäfts mit sich bringen dürfe. Textile Ausstellungen werden im allgemeinen auch in den oberen Branchen vertreten. Zweifelsohne wird es sich nicht um Riesengeschäfte handeln, die auf der Breslauer Frühjahrsmesse zum Abschluß gelangen können, da hierfür bisher die Vorberei- gungen fehlen. Trotzdem aber erhofft man eine Anfahrtung des Marktes für das kommende Frühjahr.

Marx und Lassalle.

Eine äußerst wertvolle, tief herausgearbeitete Analyse dieser beiden großen sozialistischen Kämpfer gab Professor Dr. Matz im Rahmen eines Vortrages am 21. d. Ms., der im Verein für jüdische Geschichte und Literatur stattfand. Es gelang dem Redner in markanter Weise, die geistig-idealische Struktur von Marx und Lassalle aus ihrem Werk, ihrem Leben und ihren persönlichen Beziehungen zu entwinden und ihren Gehalt vor die Zuhörer hinzustellen. In Marx gehen die alljährlichen Jüge von Prophetentum und Schriftgelehrsamkeit, in dem ganzen Ausmaß ihrer Spannung, das zugleich ethischer Revolutionarismus und totaler Realismus ist, eine merkwürdige, tiefe Zusammenheit. Im Übereinstimmung brodelt in dem Strome dieser gewaltigen Natur als Triebkraft die Seele der Gerechtigkeit. Sie wird heilige Wille, die Welt zu verändern und zu verwandeln und der Wille wird Triebkraft zur Errichtung. Diese aber hat als einzigen Gegenstand in ihrem bewegten Zentrum — die ökonomische Gesellschaftsrealität der menschlichen Gesellschaft, einzufinden. So muß Marx nach den Jahren von 1848 sein großes Werk, das Fundament der materialistischen Geschichtsauffassung. Das Gut und zugleich Eilestafette besteht das Werk dieses Mannes. Seidenhaftliche Glut lebt in ihm für das proletarische Menschenbild, mit Eisesfalte durchdringt sein Geist die Realität des Geschehens und zwingt ihm herzig den Tribut ab. Von dem Menschen nicht Revolution durchdringen, überstimmen doch kein Blitzen, zer- störend, Jahrhunderte.

Anderer Lassalle. In Kopf und Herzen, einen un- gefügten kleinen Willen zu Recht und Falsch, und eines leidenschaftlichen Hass gegen alles Philisterium, stand es ihm fast und unvermeidlich gute Realisten. Seine Rüttung zum Einzelnen Individualen entführt eine Kämpferseele. Von da aus wird er Verteidiger für das Volk, Kämpfer und Führer der Arbeitersbewegung. Von hier aus ist auch kein Fehler, und keine Beziehungen zu Menschen zu begreifen. Der Schriftsteller, derselber Schriftsteller Dramatiker und Poet. Die Sprache seines Werkes erlangt mancher kleinen verstaubelten Jüge, die dem Bild der Kunst entholten.

Die persönlichen Beziehungen beider wurden sehr bestreitbar und je nach einer Sichtweise über den Dichter und Schriftsteller unterschiedlich deutlich. Die Charakteristik geht mit einer Gegenüberstellung der jeweiligen Schaffensgebiete beider und einer Erweiterung ihrer Stellung zu Staat, Revolution und Revolution. In der Menge der großen Denker unterscheiden der über „Johann“ andere „Gesamtkunst“, die nach Lassalle, sowohl als Dichter wie als Schriftsteller, in „Dramatik und Poetik“ gesehen. Weitere Unterscheidungen sind gegenüberstellt, das ist zwischen Künstler und Dichter, zwischen Schriftsteller und Poet, zwischen Schriftsteller und Dichter.

Schriftsteller, warmer Beifall denkt dem Redner an, der seine in lebendiger Weise gehabten Ausführungen für seine in lebendiger Weise gehabten Ausführungen. Ein Schriftsteller aus außerordentlich weinlicher und schwungvoller Sprache.

Romain Rolland,



der berühmte französische Schriftsteller, wird am 29. Januar 60 Jahre alt. Rolland wurde in Camelin geboren, war 1889 bis 1901 Professor der Kunsgeschichte, dann bis 1912 der Musikkenschule in Paris; er lebt jetzt in Genf. Rolland hat, meist im Pariser Bezirk, zu seinen führenden Landsleuten, mit alter Freiheit für gerechte Haltung des Proletariats und Volksverehrung gewirkt. 1916 erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Viele seiner zahlreichen Werke stehen für kulturellen Aussgleich der deutschen und französischen Interessen ein.

Verrat militärischer Geheimnisse.

Vor dem I. Cirksenal des Oberlandesgerichts Breslau unter Voritz des Senatspräsidenten Schlossky standen drei Personen, die wegen Vertrags militärischer Geheimnisse angeklagt waren. Es waren dies der 34 Jahre alte Kaufmann Franz Kaul, dessen Vetter, der 34jährige Kaufmannsche Angestellte Wilhelm Kaul und die Braut des ersten Angeklagten, die 41 Jahre alte Gertrud Schmidt. Franz Kaul legt einer Kartenszene im Gerichtssaal, wohin die Neuerwähmänner getragen hatten. Er behauptet, nicht gewesen zu können, da er an den Folgen einer Malaria leide, auch soll er Morphium sein. Er befindet sich seit April 1924 in Untersuchungshaft. Er ist inzell in Österreich geboren und entstammt einer angesehenen Familie; sein Vater ist Senator in Hamburg. Wilhelm Kaul und die Schmidt befinden sich seit Mai 1924 in Haft. Die Anklage legt ihnen zur Last, daß sie Schriften, deren Geheimhaltung im Interesse des deutschen Staates lag, einem fremden Staate ausgeliefert haben. Bald nach Verlehung des Anklagebegriffes wurde die Offenheit während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Die umfangreiche Beweisaufnahme, zu der 24 Zeugen, ein militärischer und zwei medizinarische Sachverständige geleistet waren, nahm zwei volle Tage in Anspruch. Aus dem am Dienstag abend öffentlich verkündeten Urteil ist zu entnehmen, daß die Beweisaufnahme nur die Schuld des Franz Kaul und der Schmidt erbracht habe. Wilhelm Kaul wurde freigesprochen. Dagegen ist Franz Kaul ein Mann, dem die Straftat, von der er einen Vor teil hat, zuzutrauen ist. Er war viel im Ausland und vom Jahre 1920 ab im polnischen Dienst. Seine Tätigkeit bestand darin, über die Reichsmarine sowie über politische Organisationen Erfundungen einzuziehen und entsprechende Berichte gegen Bezahlung den polnischen Behörden zu übermitteln. Bei seiner Tätigkeit hat ihm die Schmidt Beihilfe geleistet. Das Urteil lautete bei Franz Kaul auf sechs Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Entfernung und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein Jahr und sechs Monate Zuchthaus wurden ihm auf die Untersuchungshaft angerechnet. Gertrud Schmidt erhielt wegen Beihilfe zwei Jahre Gefängnis, von denen ein Jahr für verbüßt erachtet wurde. Staatsanwaltstaat Koglowe hatte gegen Franz Kaul am Jahre Zuchthaus und gegen die Schmidt drei Jahre Gefängnis beantragt.

Aufklärung eines Einbruchs.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Der Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion Breslau ist es gegliedert, den am 28. Oktober 1924 verübten Einbruch in die Stationsstraße Breslau Höf. rechts aufzuklären. Am genannten Tage war in der Mittagsstunde aus einem verschloßenen Kassenzimmer eine Blechbüchse mit rund 7500 Reichsmark barem Geld entwendet worden. Der Kassenbeamte dieses Zimmers war kurz ein sogenanntes Ferngespann an einen im Nachbarszimmer befindlichen Postamtspänner von unbekannter Seite gerufen worden. Während dieser Zeit führten die jetzt ermittelten Zeugen den Einbruch aus. Als Täter kommen in Betracht ein der Stationsstraße Breslau Höf. zur Ausfahrt überwiesener Bediensteter, der mehrere Monate vor Begehung der Tat freiwillig aus dem Reichsbahndienst ausgetreten war, ferner ein Schlosser, der im Jahre 1919 aus dem Verhältnisdiensst entlassen worden war, ein Tüfler und ein Schmied. Die Taten des Täters sind schwer zu ermitteln. Bei dieser Gelegenheit hat unsere Fahndungsstelle die Kleidung von Seilen, einer Schreibmaschine, Zigaretten usw. aufgedeckt. Beobachtet wurden ein Dameapelmantel, braunes Ledergestell, Krug-Mäuse-fuchs, langhaarig, braun, Montefiori rosaline Seide, Gürtel geflochten aus weißgrün farbiger Seide, Kett-Eher 1910 Reichsmark, ein herrenz. Mantel aus Bezug, schwarzes Seidentuch, Sealschärfungen, 1 Herrenpelz, blauer Bezug, Blaustrümpfe mit Sealfögeln, ein Spacchels, gesprenkelter Ulsterbezug, Schreibstifte mit Schnürlingen, eine Lederpelzmütze, Kanin, eine Schreibmaschine Marke "Singer", ein Fahrrad Marke "Spatz" Nr. 55 282, ein Damenaufzug Nr. 318 672, ein Fahrrad Marke "Dürkopp", ein Motorrad Marke "Hoffner", Ottowelle Nr. 1 a 2394, 0,37 PS und ein Herrenfahrrad Nr. 828 824. Eigentümer der vorbeigebrachten Sachen mögen sich bei der Kriminalpolizei Zimmer 52 oder der Fahndungsstelle der Reichsbahndirektion, Mannesstraße 12, Zimmer 183, melden.

* Im Generalstabsschule findet Sonnabend auf vierstündigen Besuch ein großes Soldatentreffen unter Mitwirkung der höchsten Heeresstelle statt.

* Die Mannschaftsversammlung für das drei-Stunden-Regiment, das am kommenden Sonntag den 31. Januar, abends 7 Uhr, in der Bestatter Sport-Krone am Ullrich kommende drei-Stunden-Mannschaftsschulen nach Art der Schuls-Tagesschulen, hat bei der geistlichen Dokumentation der Mannschaften eine Stellung gefunden, wie sie die Breslauer Groß-Gemeinde in diesem Winter auf mir gezeigt hat. Von großem Interesse ist Breslau an den Mannschaften und auch mich hier dies der höchste Beamte der Kirche und der Wehrmachts der Tortur.

belegen könnte. Für den inzwischen nach Amerika abgereisten Sachsenmeister Golle hat die Direktion mit der Verpflichtung des schnellsten deutschen Siegers, Walter Szewc, keinen sahnenen Tausch gemacht. Die einzelnen Worte sind wie folgt zusammengefaßt:

Bob Spears (Australien) — Jane Corra (Australien), Victor Standart (Belgien) — Ernst Reja (Breslau), Alphonse Standaert (Belgien) — Walter Szewc (Berlin), Marcel Buhse (Belgien) — Max Hahn (Berlin), Anna Ferraro (Italien) — Gus Lang (Amerika), Fritz Bauer (Berlin) — Paul Thomas (Breslau), Franz Dederichs (Dortmund) — Fritz Häusler (Berlin), Anna Letitia (Wien) — Alfred Schröder (Berlin), Herbert Nebe (Leipzig) — Walter Kirsch (Leipzig), Arthur Selsbrink (Berlin) — Willi Lippner (Berlin), Max Martin (Breslau) — Wolf Pohl (Breslau), Zoey Meier (Breslau) — Paul Schubert (Breslau).

Für die Sechs-Tage-Mannschaft Knoppe — Rieger ist eine große Ehre vorgesehen, bei der die städtischen Behörden sowie die für den Radsport in Breslau maßgebenden Verbände, der Verein für Radrennen, der Gau 29 des Bundes Deutscher Radfahrer, der Bezirk Breslau und die Sportheit die beiden bevorzugenden Vertreter unserer Heimatstadt noch einmal offiziell empfangen und beglückwünschen werden.

* Unbekannte Händler. Zwei junge Holzverkäufer stahlen einer 74 Jahre alten Frau 70 Reichsmark. Am 21. Januar laufte eine 74 Jahre alte, alleinstehende Frau auf der Lößstraße von zwei unbekannten, etwa 20 Jahre alten Männern Holz. Die Blechdachstiel mit dem Gelde hatte sie auf den Tisch hingelegt. Als die Männer fort waren, mußte sie feststellen, daß 10 Reichsmark gestohlen waren. Zweckdienliche Angaben über die Täter erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 31/22.

* Ball der Presse. Auf den Verlauf der Karten in den Geschäftsstellen der Breslauer Tageszeitungen und in den Wissenshandlungen bzw. Konzertdirektionen von Brätsch, Becker, Hainauer und Hoppe wird nochmals hingewiesen. Karten für referierte Plätze im Sternensaal sind nur bei Brätsch zu haben.

* Lebensreitung. Der Schlosser Hans Drewsler, Lößstraße 14, rettete am Dienstag, nachmittags 4 Uhr, einen Schüler Sirau in der Metzstraße 3, auf der Ohle vom Tode des Ertrinkens. Der Knabe war eingetaucht und konnte nur mit großer Mühe unter dem Eis hergeholt werden.

* Vermisst wird seit dem 29. Januar der Bildhauer Kurt Wieker, geboren am 29. Januar 1886 in Breslau, hier, Schlesienstraße 2, wohnhaft gewesen. Er ist 1,70 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes kurzgeschorenes Haar, hellblonden ungekämten Schnurrbart, braune Augen, lüchhafte Zähne und geradlinige Nase mit kleiner Narbe. Bekleidet war er mit grauer Mütze, dunklen einteiligem Winterüberzieher, grauem Kragen, einem grauen Barthaarhemd und einem zweiten weißen Leinenhemd, grauen Fußlappen und schwarzen Holzstiefeln. Er trägt einen Kuck mit Brillen bei sich. Der Vermisste wollte die Dreieckschlüssel, Holzhaus und Tiefensee, Kreis Nipperlich, bereisen, um dort die Ware zu verkaufen. Es wird vermutet, daß ein Unglückszugestossen ist. Nachrichten über den Verbleib des Vermissten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 10/11.

Freie Elternvereinigung.

Mitglieder, alle Mitglieder nehmen an der am Sonnabend, den 30. Januar, abends 7 Uhr, stattfindenden Elternversammlung in der Turnhalle, Posenerstraße, teil.

Arbeiter-Kinderfreunde.

Gruppe 1 (Oblauer Tor). Freitag kommen nur die Kinder ins Heim, die zum Tanzen beim Elternfest bestimmt sind. Beginn um 11 Uhr.

Die Gruppe 3, 11, 15 der SUZ, laden euch alle am Sonnabend, den 30. Januar, abends um 7 Uhr, in die Birkenschule, zu einem Kindergartenabend. „Zur gelunden Wohnung durch Bodenreform“, ein Eintritt: Erwachsene 20 Pf., Jugendliche 10 Pf. Es sind alle recht zahlreich.

Mütterung, Arbeiter-Samariter!

1. Abteilung. Am heutigen Donnerstag, abends 9 Uhr, findet in der Volksschule, Posener Straße, die Abteilungs-Generalversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung (Berichte, Wahlen) ist das Erscheinen aller Mitglieder Pflicht. Sämtliches Material muß zur Stelle sein.

Freitag, den 29. Januar, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung im kleinen Zimmer der Monitischen Gemeinde, Grünestraße 14/16. Kein Mitglied darf fehlen. Gäste willkommen.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kriesten bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Der kleine Kälteausbruch von den Randstädten her, hat Schlesien nicht mehr erreicht. Immerhin hat er den Vorstoß der milden Luft von den britischen Inseln etwas gehemmt. Nachts trat in kalter Luft vielfach leichter Frost, vor allem Bodenfrost, ein. Die von den britischen Inseln nach östlich vordringende Westwind wird den über Westdeutschland liegenden Sektor warmer Luft abschneiden. Vor dem morgens bereits östlich der Elbe liegenden Warmfront hat sich in Schlesien wieder ein leichtes Höhn stadium eingestellt. Südwestlich von Zehdenick findet eine Neubildung statt. Die Polarluft, die bald auch Schlesien erreicht, wird stärkere Aufheiterung, leichten Frost und Bodenfrost bedingen. Später stellt sich erneut Bewölkung ein. Aussichten: Bei nächtlicher Aufheiterung leichter Frost, vor allem Bodenfrost, tagsüber mild, wolbig.

Rätsel-Ecke.

Kreuzworträtsel a.

1	2	3	4	5	6	7
8					9	
10						
11					12	
					13	

Die Worte bedeuten von oben nach unten: 1. früherer englischer Philosophen, 2. Nebenkugel des Wregel, 3. früheren deutschen Schiffsteller, 4. Militärpersön, 5. früheren Philosophen, 6. Stadt in Überseinen, 7. architektonisches Werkzeug, von links nach rechts: 1. kithagischen Feldherrn, 8. Kreis, in Rumänien 9. Grub, 10. Gebäude, 11. hebräonische Weisheit, 12. türkischer Titel, 13. Körperteil des weiblichen Kindes.</

Niederschlesien.

Niederschlesischer Provinziallandtag.

Die Stadtratswahl. — Ein sozialdemokratischer Antrag für die Erwerbslosen.

Das Plenum des Provinziallandtags trat gestern um 12.30 Uhr erst kurz vor 3 Uhr zusammen. Zunächst wurden durch eine förmliche Berichterstattung und Beschlussfassung die Wahlen zum Provinziallandtag für gültig erklärt. Einsprüche waren nicht gemacht worden, obgleich die KPD-Alteordneten am Tage vorher in ihrer Erklärung von groben Texten bei den Wahlen zu reden wählten. Gleichfalls ohne Debatte wurden nach einem Referat unseres Genossen Janotta einige Bestimmungen der Geschäftsordnung sowie eine neue Wahlordnung entsprechend den Veränderungen, die der Preußische Landtag für sämtliche Kommunalwahlen beschlossen hat, geändert bzw. angenommen.

Es erfolgten nunmehr die Wahlen zum Staatsrat. Von 106 Abgeordneten kamen 99 für eine Einheitsliste, die den Parteien den bisherigen Verbstimmung läßt, und nur sieben Zettel waren unbefüllt. Allem Anchein nach will die KPD nach jeder politischen Aktion erst eine Begründung haben; denn auch heute folgt eine Erklärung, daß man gegen den Vergnügten ist, aber aus besonderen Gründen für Seibold und damit auch für den deutschnationalen Grafen Kepplerlingk gestimmt hat. Für unsrer Seite stehen diesmal die Genossen Seibold, Burmann und Wietrich in den Staatsrat.

Durch Zuruf wurde später der Fürst Habsfeldt vom Zentrum zum Vorsitzenden des Niederschlesischen Provinzialausschusses gewählt, zum Stellvertreter gegen die Linke Thum (Part.). Die übrigen Mitglieder dieser Körperschaft wurden ebenfalls durch Einzelstimme gewählt. Von unsrer Seite sind wieder: bzw. neu gewählt: Genosse Philipp Burmann, Janotta, Hielcke, Wiedermann und Genosse Weißer. Bei den Beiratern verhalten unsre Genossen den Kommunisten sowie den Bauerndienern zu einem Mandat. Für den Gemeinsamen Provinzialausschuß, der die reaktionären, noch nicht geöffneten Territorialverträge zu betreuen hat, wurden aus praktischen Gründen fast die ebenen Abgeordneten gewählt; nur hat unsre Partei einen Sitz der KPD überlassen. Was wird sie dafür erntet?

Eine kleine Abweichung bot die nächste Vorlage. Hier handelte es sich um die Unterbringungen diverser Kranker, deren Zahl in Berlin, in großer Weise ansteigt. Der Berichterstatter, Hg. Dr. Meyer (D. W.) bemühte sich, die Verhältnisse eingehend zu klären. Von dem Rendant eines Krankenhauses soll Abschluß genommen werden. Dafür sollen an einzelne Anstalten Parzellen gegeben werden, damit diese eine stärkere Belegung ermöglichen können. Es wurde nach den Vorschlägen des Ausschusses beschlossen.

Hierauf wandte sich das Haus der Besprechung einer dringlichen Frage der KPD zu befreifend dem Strafanfangsamt überzugsheim Paulinienhof. Unsere Genossen verhielten wiederum der KPD zur Behandlung dieser Anfrage, indem sie die jeweiligen Unterschriften stellte. Auf die Darstellung sehr unzureichender, zum Teil katastrophaler Zustände in diesem "Haus" antwortete der Landeshauptmann in sachlicher Form. Die Besprechung, an der sich noch die Abgeordneten H. v. Pöhl, Burmann (Soz.) und Domrowsky (Komm.) beteiligten, endete mit der Zustimmung des Landeshauptmanns, sofort mit dem Eigentümer, dem Gesangenenfürsorgeverein, in Verbindung zu treten, um eine Beteiligung des Landtages bei der Bevollmächtigung dieser Anstalt zu ermöglichen.

Nach Annahme einer Auslegung betreffend Landesarbeitsamt verzog sich das Plenum für Donnerstag 12 Uhr. Bis dahin wird in den Fraktionen und Ausschüssen um eine Vorlage gerungen, die hohe Mittel für Notstandsarbeiten durch die Provinz erforderlich. Es haben die Arbeitslosen eine Petition eingebracht, die leider an die falsche Adresse gerichtet ist. Das, was darin gefordert ist, kann nur Reich oder Staat geben, nicht aber die Provinz. Unsere Fraktion hat deshalb einen besonderen Antrag mit umfangreicher Begründung eingebracht, womit den Arbeitslosen geholfen werden soll in den Produktionsprozeß eingegliedert zu werden.

Der Antrag lautet:

A.

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland und nicht zuletzt in Schlesien hat einen Umfang angenommen, wie nie zuvor. Dieser Not mit dem Ziel entgegenzuwirken, die unproduktiven, unzureichenden Unterstützungen jeder Art zu vermeiden und produktiv zu gestalten und jedem Arbeitssuchenden eine auskömmliche Beschäftigung zu verschaffen, muß Aufgabe aller Kommunalverbände im Zusammenwirken mit Reich und Staat sein. Gegenüber dem Antrag der Rot der Erwerbslosen sind die bisherigen Maßnahmen in Schlesien völlig unzureichend gewesen. Es bedarf der stärksten Anspannung der Provinzialverwaltung, um hier Abschluß zu schaffen und in Verbindung mit den schlesischen Kreisen und Städten auf eine durchgreifende Besserung der unzulässigen Verhältnisse hinzuarbeiten.

Die Zuständigkeit des Provinziallandtags für die Gesamtheit dieser Fragen muß anerkannt werden, da Landesarbeitsamt, Landeswohlfahrtsamt und Landesjugendamt Einrichtungen der Provinzialverwaltung sind. Außerdem verlangt die besondere Not in Schlesien, daß der Provinziallandtag sich zum Träger aller Bemühungen macht, die geeignet sind, einerseits auf Reich und Staat einzzuwirken, Schlesien besser als bisher zu bedenken, andererseits selbstständig Verbesserungen durchzuführen, wie die gesetzliche Lage es zurzeit erlaubt. Der Provinziallandtag hat außerdem in besonderen Notfällen, die unsre Provinz betreffen, sich stets für zuständig erklärt.

B.

Im Besonderen fordern wir als sofortige Maßnahmen:

1. Der Zuschuß von 1.500.000 Reichsmark für Zukünfte und

2. Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, durch Vermittlung der Provinz den Anleihedarf für Notstandsarbeiten bis zu 10 Millionen Reichsmark zu erhöhen und diese Summe als Darlehen an die Kommunen weiterzuleiten.
3. Der Landeshauptmann wird ermächtigt, kurzfristige Kredite in Höhe von 5 Millionen Reichsmark zum Einkauf von Steinmaterialien u. a. aufzunehmen.
4. Landesjugendamt und Landesarbeitsamt werden beauftragt, unverzüglich alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die materielle und soziale Not der Jugendlichen in Erwerbslosen energetisch zu beseitigen, da der jetzige Zustand, der die jugendlichen Erwerbslosen einer Unterstützung und ohne Ausbildung ihrem Schicksal überläßt, untragbar ist und sofortige Hilfe bedarf.
5. Es ist hinzuwirken, daß der besondere Notfall der Aussagen erneut dadurch entgegengewirkt wird, daß diesen als „Arbeitsbedürftigen“ Unterstützungsstelle in Höhe der Erwerbslosenunterstützung gewährt werden.
6. Reich und Länder werden dringend erucht, die durch ausländische Arbeiter besetzten Arbeitsstellen unverzüglich zu gunsten inländischer Arbeiter freizumachen.
7. Die Reichsregierung wird erucht, die ungerechte Behandlung des sozialen Wirtschaftsgebietes durch Einreihung in ein höheres Wirtschaftsgebiet zu beseitigen.

Neisse. In der Reihe ertrunken ist der fünf Jahre alte Sohn eines Buchdruckers aus Wehrdorff, Kreis Neisse.

Sohra (Kreis Görlitz). Niedergebrannt ist in Mittel-Sohra die Länge Wirtschaft des Herrn W. Küsel. Besitzer aus Wohnhaus, Stall und Scheune. Bei dem herrschenden Winde konnte die Feuerwehr gegen das Feuer wenig ausrichten. Die neue Motorwache aus dem benachbarten Sohrensdorf, die mit fünf Schlauchfahrzeugen arbeitete, konnte ein Übergriffen auf Nachbargebäude verhindern.

Görlitz. Abgelaufes Sängertest. Gestern abend fand eine Sitzung der Gruppenführer des Arbeiter-Sängerbundes statt, die zu dem geplanten Bezirks-Sängertest Stellung nehmen sollte. In Abberacht der großen Not und der schlechten Wirtschaftslage wird von einem Bezirks-Sängerkreis in Görlitz Vorstand genommen, allerdings soll noch eine Rundfrage bei den in Frage kommenden Vereinen stattfinden, ob für über gegen ein Bezirks-Sängertest. Es sollen alle Kräfte gesammelt werden (und auch Gelder), damit das im nächsten Jahre in Hannover stattfindende Arbeiter-Sänge-Bundestest zu einer mächtvollen Kundgebung erklassenen Arbeiter-Gefanges werden wird.

Hirschberg. Beandung! Wie der „Vete aus dem Riesengebirge“ aus Todt Winsberg meldet, brannte infolge Kurzschlusses die Besitzung des Blechmeisters Thiele am Langenberg vollständig nieder. Alles Mobiliar, sämtliche Arbeitsgeräte sowie der Viehbestand verbrannten. Die Frau und die Tochter des Besitzers trugen schwere Brandwunden davon.

Hirschberg. Zum Grüsauer Postraub. Nach dem „Voten aus dem Riesengebirge“ ist der Landwirt Heinrich, der unter dem Verdacht, den Postraub in Grüsau begangen zu haben, verhaftet wurde, entlassen worden, da er kein Alibi einwandsfrei nachweisen konnte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsgruppe Cawallen-Friedewalde.

Freitag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, im Vereinslokal bei Wagner: Versammlung.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Der Bannerführer.

Osnabrück. Bericht über die Erwerbslosen-Versammlung. Durch unvorhergesehene Zustände veransagt, berief der Vorsitzende des Erwerbslosenrates am 23. Januar eine Versammlung der hiesigen Erwerbslosen ein. Wenn die Arbeitslosen des Ortes sich am 29. Dezember aus ihren Reihen eine Vertretung erwählten, so doch in erster Linie in der Stadt, dem Gemeindevorsteher, Herrn Baché, seine Zuständigkeit zu erleichtern und die bedauerlichen Zustände, die sich im Vorjahr im Gemeindebüro ereigneten, in Zukunft zu vermeiden. Es muß nun bitter enttäuschen, wenn Herr Baché es nicht für notwendig findet, mit der Vertretung von über hundert Bürgern der Wirtschaftskreise in sachlicher Weise zu verhandeln. Sollte er auch in Zukunft sich nicht einer anderen Methode befleißigen, so wird sich die Osnabrücker Arbeiterschaft danach einzustellen wissen. In der Diskussion wurde lebhafte Klage gegen das Arbeitsamt geübt, in welchem mittleren Unterstützungsanträge vier Wochen und länger unarbeitet dort liegen bleiben. Beobachtet wurde der gemeinsame Antrag auf Erlass der Haushaltsteuer für Arbeitslose mit eigenem Haushalt. Auch über die Grundvermögenssteuer wurde gesprochen. Die Erwerbslosen nahmen noch manche nützliche und notwendige Auskünfte aus der gut bejubelten und musterhaft disziplinierten Versammlung mit nach Hause.

Rosenthal. Von der Gemeindevertretung. Am Montag tagte die hiesige Gemeindevertretung und erledigte eine reichhaltige Tagesordnung. Es wurde die Genehmigung zur Errichtung einer Hypothek auf unter erstes Gemeindemühlhaus erteilt, die Miete vorläufig festgelegt und zwar mit 25, 24, 22, 20 und 8 Mark pro Monat. Eine Tendenz kann vielleicht noch nach der Besichtigung durch die Gemeindevertretung erfolgen. Der Bau einer Senfschrebe wurde einstweilen vertagt, bis der Baukomplex voll bebaut ist. Die Anbringung einer Beleuchtungsanlage an der Kleinfunderhalle wurde abgelehnt, weil der Weg kein öffentlicher ist. Die Planierungsarbeiten an unserem Sportplatz sollen nun endgültig in Angriff genommen werden und der Gemeindevorstand beauftragt, förmlich das Notwendige zu veranlassen. Ferner

wurde beschlossen, den verheiratenen Gemeinschaften, sowie den Doppelten 2 Renten zu bewilligen, während bei den ledigen Einwohnern von Hass zu Roß das Verhältnis einer Zuweisung durch den Gemeinde-Vorstand festgestellt wird. Den Ortsverein wird auf Grund ihrer getrennt monatlichen Interessen die Wiese ab 1. Januar gewählt. Im Punkt „Vertreibungen“ teilte der Gemeindevorsteher noch mit, daß er Donnerstag abends 7 Uhr, in dem Kaffeehaus bei Krause eine Gemeindeversammlung abzuhalten gedenkt, in welcher eine Reihe von Fragen, die vor allem die Rosenthaler Einwohnerfrage betreffen, zur Sprache kommen sollen. Wir erwarten zahlreichen Besuch aus den Reihen der Arbeiterklasse.

Ostheim. Der Gemeinnützige Verein Ostheim hieß am Sonnabend, den 23. Januar, eine geschworene Generalversammlung ab. Unter den anwesenden Mitgliedern sah man eine Menge Damen, die vom Vorstand besonders freundlich begrüßt wurden mit dem Wunsche, sie möchten auch bei den nächsten Sitzungen die Befreiungen des G.W.O. unterstützen. Nach Genehmigung des letzten Sitzungsberichtes wurde die Tagesordnung, die wichtige Punkte umschloß, verlesen. Es wurden dann vier neue Mitglieder zur regen Vereinsarbeit verpflichtet. Darauf folgte der Jahres- und Kostenbericht. Beim ersten wurde berichtet, daß die Gemeindevertretung stets für den Ausbau der Anlagen und Wege eine freizügige Hand hatte, so daß die Vereinsarbeit bedeutend erleichtert wurde. Datum konnte der Vorsitzender einen anhöchlichen Betrag der Spar- und Darlehenskasse übergeben. In letzter Zeit bemühte sich der Vorstand um die Hebung des Ortsvertrags durch Kraftwagen und um eine zweimalige Briefbeschleunigung. Verhandlungen darüber schwanden noch. Der Jahresbericht gab ferner Kenntnis von der denkenswerten Pflege des Birkenweges, eines Zugangswege zur Stadt, durch die Gartenbauinspektion Süd, die für uns auf dieser Strecke den Schneeflug abteilte läßt. In ganz kurzer Zeit war die Wiederwahl des Vorstandes durch Zuruf bestätigt. Zur Vereinsleitung gehörten demnach Herr Oberlandesbeamter Maschinger, 1. Vorsitzender; Herr Geißlicher Rat Weidner, 2. Vorsitzender; Herr Lehrer Quade, Schriftführer; Herr Gastwirt Scholz, Kassier und Begeisterung und Herr Leiter des Arbeitslosenlagers Rothert, Beisitzer. Der Vorsitzende dankte für das entgegengebrachte Vertrauen und gab einen kurzen Überblick über das nächste Geschäftsjahr. Dabei wurde er ermahnt, daß die Besitzer von Geschäften zum Fahren von Schlade zur Ausbesserung der Wege sich bereit erklären haben, das übliche Stiftungsfest am 13. Februar gefeiert wird, und daß den Verein 1920 die Einigungsfeierlichkeiten oft beflügelt wird. Im Anschluß daran hielt Herr Unser Vorsteher Alois einen ausführlichen Vortrag über die Verhandlungen, die von Stadt und Landkreis Breslau in der Einigungsfeierlichkeit geführt wurden. Die regelmäßige Aussprache darüber ergab, daß die Anhänger des Vortragenden sich mit den Meinungen der Vorsitzenden über das Zeitalter nicht einig waren. Beide erhielten laudatorische Begeisterung. Das Fest der Silberhochzeit feierten hier am 27. Januar die hier. Neue Siedlung, mochtesten Heinrich Biedermanns Freunde. Der Silberbräutigam ist seit seiner Rückkehr aus amerikanischer Gefangenenschaft im Jahre 1919 Leiter der „Glocken“.

Cottbus. Selbstmord. Durch Peinigen der Schlagadern und Beitrugung anderer Verleger machte der Fleischhersteller F. von hier seinem Leben ein Ende. Die Polizei zur Tat dürften in finanziellen Schwierigkeiten, sowie in Meinungsverschiedenheiten mit Verwandten zu suchen sein. Die Verleger sind sehr grausamer Art, woraus zu schließen ist, daß F. bis zum letzten Atemzug eine ungewöhnliche Heiterkeit gegenüber besessen haben muß.

Neumarkt. Kreis-Gemeinderäte-Versammlung. In einer am vergangenen Sonnabend nachmittag von Seiten des Ortsausschusses sowie der Partei stark besuchten Kreis-Erwerbslosenversammlung wurde über „Ursachen der Erwerbslosigkeit“, „Mittel und Wege zur Linderung der Not“ Ausprache geplänet. Als Vertreter des Landrats nahm Kreisbaumeister Uebel, ferner der Leiter des Arbeitsnachwuchses an der Versammlung teil. Nach dem zuerst behandelten Thema fand das Erwerbslosenfürsorgegesetz mit seinen Auswirkungen (Notstandsarbeit, Pflichtarbeit usw.) eingehende Betrachtung. Kreisbaumeister Uebel bemerkte, daß die augenblickliche Zahl der Erwerbslosen (im Kreise Neumarkt) im Vergleich zu früheren Jahren nicht als unnormal zu bezeichnen sei. Die Kreisverwaltung werde alles tun, was zur Minderung der Arbeitslosigkeit beitragen kann. Der Leiter des Arbeitsnachwuchses erörterte die im Vordergrund stehenden geleglichen Bestimmungen. Maiwald (Raupe) trat anlässlich für Chausseebau für Wohnungsbau ein. Kreisrat Uebel erwiderte, daß mit Hilfe von Kreismitteln und Hauszinssteuer annähernd 95 Häuser hergestellt werden können, der Kreis an ersten Stelle marchiere und weiterhin alles in Erwägung ziehen wird, um durch Arbeitsbeschaffung der Not zu steuern. Wuppertal (Wipper) führte Klage über Arbeitserlassungen in landwirtschaftlichen Betrieben und wünscht Errichtung einer Zahnstange in Deutsch-Lissa. An der weiteren Debatte beteiligten sich mehrere Erwerbslose Neumarkts, ferner Babach (Rimfau), Schier (Wallisch), Brieger, welche die verschiedensten Beschwerden und Wünsche vortrugen. Der Leiter der Versammlung, Genosse Wagner, bat den Leiter des Arbeitsnachwuchses, in vorgetragenen Fällen Prüfung erfolgen zu lassen, ferner beim Landrat dahin zu weisen, daß allen Gemeindevorstehern die Anweisung gegebe, nur einmalige Abstempelung vorzunehmen. — Die Neuwahl eines Erwerbslosenrates für Neumarkt soll in nächster Versammlung erfolgen.

Parteigenossen und -Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

INVENTUR-AUSVERKAUF

zu unerhört billigen Preisen!

Beginn: Heute

Donnerstag, den 28. Januar

M. Centra Werke

Besichtigen
Sie unsere selten
günstigen Angebote
in der
Schaufenster
und der
Eingangs-Halle

Arbeiter-Sport

Fußball.

1. ^{te} Hälfe 1	Märkendorf I	Neulich
2. ^{te} Ost I	Münsterberg I	Neulich
10. ^{te} B. J. L. Bi.	Stern III	B.J.L.-Platz
1. ^{te} Union I. Igd.	B. J. L. I. Igd.	Platz, Nähe
2. ^{te} Einigkeit I	Wade I	Groß-Möckern
12. ^{te} " II	" II	"
10. ^{te} " I. Igd.	B. J. L. I. Igd.	Östlich
12. ^{te} " II. Igd.	Wade II	Groß-Möckern
2. ^{te} S. I. I.	1921	Stimpf
2. ^{te} S. I. II.	1921 II	Eicherpark
2. ^{te} S. S. I.	Röwe I	Neulich, Stern
12. ^{te} S. S. II.	Sabotis I	Deutsch-Gissa
10. ^{te} Union I.	Sabotis I	Neulich
10. ^{te} Dörrich I. Igd.	Sabotis I	Neulich
12. ^{te} " II	Wade I	Neulich
2. ^{te} " II. Igd.	" II	Neulich
2. ^{te} B. J. L. I. Igd.	Stern I	Groß-Möckern
12. ^{te} " II. Igd.	B. J. L.-Platz	Groß-Möckern
10. ^{te} Stern II. Igd.	Gräbchen	Groß-Möckern
12. ^{te} Stern I. Schüler	B. J. L. II. Igd.	Groß-Möckern
10. ^{te} Stern I.	1924 I	Wahler, B. J. L.
12. ^{te} " II.	1924 II	Neulich
10. ^{te} " II. Igd.	1924 I. Igd.	Groß-Möckern
12. ^{te} " II. Igd.	Ost II. Igd.	Groß-Möckern

Spieldauerschuh.

Der Sportsgenossen Vorbau, 1924, wird wegen rohem Spiel vom 25. Januar bis 25. Februar einschließlich disqualifiziert. Desgleichen erhält dieselbe Strafe zusätzlich Marktstraße wegen Nichterscheinen zu Verhandlungen Sportsgenossen Vorbau I. von Ost. Laufmannen für den 8. Februar. Vertreter von Sturm und Dr. Sportsfreunde dazu Gva. Wallmitz. Schriftführer der beiden i. Mönchheiten und Schlesischer Weißrauch. Vertreter von Silesia Riders und B.J.L. Olsztein in Sachsen Eintritt Silesia Riders, dazu Sportsgenossen Erner, Robert. Sportsgenossen Gusel, Süd, Schlesischer Schäfer. Vertreter von Süd und B.J.L.

Freier Sportverein Breslau. Sonnabend, den 30. Januar, Generalversammlung. Alles muss erscheinen, unentshuldigtes Gebeten wird mit 1 Pfund bestraft.

Sportklub Felsenfest 64^{te} e. V. Freitag, den 26. Januar, haben sämtliche Jugend- und Altersmitglieder des Vereins in der Lehnungsdiene Turnhalle, Waterfootstraße, etwas Abwegen, befreit. Mannschaftskämpfe, zu erscheinen.

2. I. B. Kundschuß, Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, Generalversammlung bei Lucas. Kundschuß. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Sämtliches Vereinsgut ist in gutem Zustande zurückzubehalten. sonst werden die Schuldigen bestraft.

Techniklehrung des Bezirkes Breslau. Um 25. Januar soll die technische Situationskarte, bei der das Jahressprogramm des Bezirkes mit der Fertigung festgesetzt wurde, vorgelesen werden. Arbeitervolleyballverein, S.V. 1897. Felsenfest, Eichenlaub, Perlules, Breslau, S.C. 02. Amiles, Stern, Siegfried, Sturm, sowie Herold, Socran. Die Bezirks-Mannschaftskämpfe beginnen im Monat Februar. Am 18. und 25. April finden die Bezirksmeisterschaften für Schüler, Jugend und Senioren statt. Das leichtathletische Sportfest ist auf den 6. Juni festgesetzt worden. Im September findet der Sport-Wettbewerb statt. Ein Staffellauf, Hallenwettbewerb und Veranstaltungen an den Übungssätzen der Vereine sollen ihn würdig umrahmen. Eine große Anzahl sportlicher Wettkämpfe der einzelnen Vereine vervollständigen das Sportprogramm. Die Bezirks-Mannschaftskämpfe kommen wie folgt zur Ausübung: Kinder (7 Klassen) bis zum Fliegen; bis zum Schwerpunkt. Jeder Verein kann in die A-Klasse eine Mannschaft melden, weitere Mannschaften kommen in die B-Klasse. Gewichtete: Eine Mannschaft besteht aus 7 Mann (Körpergewicht unbegrenzt). Ausgetragen wird ein Berglauf; heimisch Reihen und Stufen, sowie Leidkämpfen. Reiben und Stoßen. Meldung in A- und B-Klasse. Jugendmannschaftsklasse in 4 Klassen bis 90, 110, 120 und bis 130 Pfund. Sanitäre Meldungen sind bis zum 1. Februar an den technischen Leiter, Gustav Hoffmann, Werkstraße 3, zu senden. Mitgliederlisten in doppelter Ausführung sind baldigst einzusenden. Vereine, welche Schüler haben, melden diese namentlich, wodurch eventuelle Ausstrahlung von Kampfen. Am 2. Februar, 8 Uhr abends, findet bei Klante, Hochstraße 7, eine Sitzung der technischen Zeitung, sowie des erweiterten Bezirksvorstandes statt.

Freie Turnerschaft Breslau, 4. Frauen- und Mädchen-Abteilung. In der heutigen Generalversammlung wurden folgende Turngenossinnen in den Vorstand gewählt: 1. Vorstehende: Frau Busch, 2. Vorstehende: Elisabeth Mehränder.

Kosseiterin: Frau Mallischke, 2. Kosseiterin: Hedwig Döll, 1. Turnwart: Scholz, 2. Turnwart: Anna Rentzsch, Jugend-Turnwart: Arthur Schuh, Kind-Turnwart: Alfred Störkow, Erzieher: Otto Eichhorn, Spielleiter: Gertrud Stellmacher und Frau Busch. Redakteur: Alexander Friederichs, Martha Döll. Alle Antritte an die Vorsteherin Frau Busch, Mariannenstraße 6, 4. Etage.

Fußballclub „Folle“, Neulich. In der am Sonntag, den 24. Januar, abgehaltenen Generalversammlung wurden nachstehende Sportsgenossen in den Vorstand gewählt: 1. Vorstehender: Paul Stephan, Neulich, Breslauer Straße 60; 1. Schriftführer: Paul Welsch, Neulich, Breslauer Straße 32; 1. Kassierer: Richard Wiedenau, Neulich, Seidelstraße 56; 1. Zeug- und Gerätewart: Albert Hornig, Neulich, Breslauer Straße 61. Gerätewirtschaft ist zu richten an Paul Welsch, Sportliches an Paul Hornig. Vereinslokal: A. Langwitz, „Deutsches Haus“, Neulich.

Geschäftliches.

Schlittschuhlaufen, der älteste Wintersport, wurde schon in alten Zeiten geübt. Damals wohl nicht als Sport in unserem Staat, sondern nur aus dem Bedürfnis heraus, sich auf den glatten Eisbahnen schnell und sicher fortzubewegen. Jedermann hat man bei Ausgrabungen in Pfahlbautodesern der älteren Steinzeitperiode Schlittschuhe gefunden, welche aus zugeschnittenen Beerecken hergestellt waren. Wie bei jedem Sport im Freien, besonders im Winter, werden beim Schlittschuhlauf Kraft verbraucht, die erfordern müssen. Die kalte, reine Luft, die Bewegung regen den Stoffwechsel an, der Magen meldet sich und will befriedigt werden. Wissen Sie, dass eine Scheibe Brot mit „Blauband-Margarine“ alle für den Aufbau des Körpers notwendigen Nährstoffe enthält? Die „Blauband-Margarine“ ist außer Butter gleichmäig, nur ist sie viel, viel billiger. Unschätzliche Hausfrauen machen sich diesen Vorteil zunutze und verwenden „Blauband-Margarine“.

Bereinstalender.

Deutscher Metallarbeiterverband. Hausskaffee! Das Mutterblatt Nr. 2 ist abzuholen und an die Mitglieder bis spätestens Sonntag auszutragen.

Martin-Luther-Arbeitsgemeinschaft. Am Donnerstag, den 28. Januar beteiligen wir uns an der Lüneburg-Mühlnecht-Feier der S.A.F. und S.S. im Saale der Monastischen Gemeinde, Grünstraße. — Am 5. Februar — wieder in der Cecilienhalle — Lachtmäuse spricht Dr. Sternberg über: „Phänomene der englischen Politik in Indien“.



Verlangen Sie kostenlos die reich illustrierte Ausverkaufs-Preisliste.

Velours de laine, vorzügl. Qual. in modern-farb. Rockstreifen, 100cm breit Nur solange Vorrat! Mtr. 3 35

Wasch-Kordsamt, vorzügl. Qualität in allen modernen Farben, indanthren gefärbt, 70 cm breit Mtr. 2 90

Blusen-Popeline, gute Zwirnqualität mit Seidenstreifen oder Karos, 70 cm breit Mtr. 1 25

Rohseide (Reine Seide), Bastfarbig, vorzügliche Qualität für Kleider, Blusen und Sporthemden, 80 cm breit Mtr. 2 75

Reinwollener Popeline f. Kleider und Blusen, in allen modernen Farben, doppeltbreit Mtr. 2 25

Waschseide, gute waschechte Qual. in neuesten Karomustern, 70 cm breit Nur solange Vorrat! Mtr. 2 10

Reinwollene Kleiderkaros gute Qualität in neuesten Mustern, 98-100 cm breit Mtr. 3 35

Rohseide (Reine Seide), in neuesten Streifen für Blusen und Kleider, 80 cm breit Mtr. 3 50

Reinwollene Kashaschotten schwere Qualität in geschmackvollen Mustern, 100 cm breit Mtr. 4 45

Bedruckter Vollvoile in modernen Mustern, 80-110 cm breit Serie 1 95 Pl. Serie 2 105 Pl. Serie 3 110 Pl. Mtr. 1 20

Reinwollener Rips, schöne Qualität in modernen Farben, 130 cm breit, Mtr. 5 60

Crêpe marocain, vorzügl. leichtes Gewebe in geschmackvollen Mustern, 100 cm breit Mtr. 1 20

Reinwollener Gabardine schwere Qual. für Kleider u. Kostüm, reiche Farbauswahl, 130 cm br., Mtr. 4 45

Feinfarbiger Wäsche-Opal beste Qualität in zarten Wäschefarben, 115 cm breit Mtr. 2 20

Sportzephir, solide Qual. mittelblau, 70 cm breit. Nur solange Vorrat! Mtr. 58 Pl.

Hemdenflanell, solide, haltbare Qualität in mittelfarbigen Streifen, 70 cm breit Mtr. 65 Pl.

Eiderflanell, schwere griffige Qualität für Unterröcke, Beinkleider usw., 70 cm breit Mtr. 95 Pl.

Oberhemdenzephir, bewährte Makoqual. in geschmackvoll. Streifen, 80 cm breit Mtr. 1 15

Trikoline, beste Qualität für Oberhemden und Schlafanzüge, in modernen Mustern, 80 cm breit Mtr. 1 85

Schürzenstoff, vorzügliche Qualität mit kleinen Schönheitsfehlern, hell oder mittelfarbig gestreift, 116 cm breit, Mtr. 1 25

Sportflanell, vorzügl. Qual. für Blusen u. Schlafanzüge, i. geschmackvollen Streifen, 80 cm breit, Mtr. 95 Pl.

Leinenhaus Bielschowsky

Hilbersstraße 72-76

Breslau

Ecke Herrenstraße

Ein Lebensbild
von
Sriedrich Engels

erzählt Dr. Willy Cohn in
seiner neuen Schrift unserer Jugend

Dieses Büchlein ist wertvoller wie mancher dicke Band u. muss von jedem Sozialisten gelesen werden

Mit einem Bild ausgestattet nur 95 Pf.

zu haben in der

Borsig'sche Buchhandlung, Grünstraße 20, 5.

Schäfteleit, 2-10 Pf.
Lippert, Heinrich, 16,-

B. Wollserge

Mtr. 1,40-2,00 Pl.

Körper

Mtr. 70 Pl., Leinenwand Mtr.

45 Pl. bis 1,30 Mtr., Tarn-

stoff Mtr. 90 Pl. bis 1,30 Mtr.

Garn 1000 Meter in allen

Farben 40 bis 90 Pl. 600

Zentimeter 700 Gramm 65 Pl.

Berthold Lippert,

Heinrichstraße 16.

Achtung! Preisabfall!

Leinenhaus eines

Preisabschlags

um geringe Zinsen

Kinderwaren

Antike

Puppenwagen

Antike

Verdeck

mit Verdeck

zur Deckenablage

viele verschiedene

Sorten

Reparaturen

Planen

ausweichen, schneidet u. näht. Alle

Artikel

Rieder u. Gummis

auch für Puppen

Reparaturen

Pläne

Gewerkschaftsbewegung.

Ein neuer Reichsverband.

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns unter anderem geschiehen: Vor einigen Tagen fand in Erfurt die Gründung des Lohnverbandes des Lohngewerbes der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie statt. Bei der Gründung waren die Betreiber von dreifach Kaufverbänden aus Sachsen, Thüringen, dem Thüringenland, Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg zugegen. Das Betreiben des Reichsverbandes geht darauf hin, keine angeschlossenen Unterorganisationen den Unternehmen gegenüber unzureichig zu machen. Darüber hinaus wird vor allen Dingen die Befreiung von der Umsatzsteuer und den sozialen Lasten verlangt, die von den Unternehmen getragen werden sollen.

Es besteht kein Zweifel, daß die Zwischenmeister der Textil- und Bekleidungsindustrie wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettet sind. Die Zwischenmeister nehmen in der Produktion eine eigenartige Stellung ein. Dem Unternehmertum gegenüber, von dem sie die Lohnarbeit erhalten, sind sie Arbeitnehmer. Diese Arbeit verrichten sie aber nicht selbst, sondern geben sie weiter oder führen die Fertigung mit Hilfe von bezahlten Arbeitskräften durch. Dem Heimarbeiter und dem Arbeitgeber gegenüber sind sie somit Arbeitgeber. Das Gesetz sieht sie auch als Unternehmer an, die hinsichtlich der Steuer und der sozialen Belastung so behandelt werden wie die anderen Unternehmer. Aus dem Zwischenmarkt dieser Zwischenstellung heraus erklärt sich denn auch die Forderung der Zwischenmeister nach Befreiung von der Umsatzsteuer und der sozialen Belastung. Im übrigen ist es dem Unternehmertum gelungen, die Krise in der Textil- und Bekleidungsindustrie zu einem guten Teil auf die Schultern des Zwischenmeisters abzuwälzen. In dem Maße, wie sich die an die Zwischenmeister zu vergebende Lohnarbeit verringerte, konnten die großen Konfektionshäuser die Löhne drücken. Teilsweise haben die Lohnhäuser einen Bereich erreicht, der ohne weiteres zur Schaffung einer Organisation drängt, die ihren Angehörigen einigermaßen Schutz und Hilfe gewähren kann. Organisationen bestehen nun unter den Zwischenmeistern schon seit Jahr und Tag. Sie haben aber nicht vermocht, bessere auf die wirtschaftliche Lage der Zwischenmeister einzawirken. Dieser negative Erfolg liegt unseres Erachtens nicht an der Organisation, sondern am Verhalten der Zwischenmeister selbst. Die Zwischenmeister lassen wohl zuweilen gern ihren Arbeitnehmern gegenüber fühlen, daß sie Arbeitgeber sind und sich auf Lohndruck und schändliche Behandlung verstecken. Gegenüber ihren Arbeitgebern aber sind sie um so zugänglicher. Gerade während der gegenwärtigen Krise konnte man in Berlin erleben, daß Lohnaufrufe von Zwischenmeistern zu Verlustpreisen übernommen worden sind. Sie konnten auch nur ausgeführt werden, indem der Zwischenmeister mit seiner Familie die Arbeit bei einem zehn- bis zwölfstündigen Arbeitstag verzichtete. Wir befürchten auch jetzt, nach Gründung des Reichsverbandes, daß die Verhältnisse sich kaum ändern werden. Wer heute im Wirtschaftskampf stehen will, muß eben Opfer bringen, und dafür sind leider die Zwischenmeisterlichen Existenzien absolut zu haben.

Tausende von kleinen selbstständigen Existenzien, vor allem unsere Heimarbeiter, werden sich nun fragen, wie man sich gegenüber diesem neuen Verbande verhalten soll. Diese kleinen Existenzien sind selbstverständlich daran interessiert, daß die Zwischenmeister von ihren Unternehmen besser bezahlt werden, da ja der Zwischenmeister in die Lage versetzt wird, selbst menschenwürdigere Lohnsätze zu gewähren. Zählt man dem Zwischenmeister lange Löhne, so wird sich das natürlich am empfindlichsten auf die Heimarbeiter in einer Front mit den Zwischenmeistern gegen das Unternehmertum um Eingang besserer Lohnsätze steten. So wurde auch auf der Erfurter Reichskonferenz in der Aussprache von allen Seiten zum Ausdruck gebracht, daß die gegenwärtige Lohnpolitik der Unternehmer, die besonders in der Berliner Weberei- und Konfektionsbranche den Zwischenmeistern krasse Hungerlöhne zahlen, das Lohngewerbe in eine Front mit den Arbeitnehmern gegen das Unternehmertum bringen müßt. Die Heimarbeiterexistenzien dürfen aber nicht vergessen, daß der Zwischenmeister ihnen gegenüber wieder Arbeitgeber ist, der wiederum mit ihnen dasselbe Spiel spielt, das der Unternehmer mit dem Zwischenmeister spielt. Dass das der Fall ist, beweisen die Ausführungen des bekannten Syndikus vom Reichsverband der Deutschen Industrie, Dr. Krause, der als Vertreter der Textilfachgruppe auf der Reichskonferenz erschienen war und in seiner Begrüßungsansprache der Hoffnung Ausdruck gab, daß der neu gegründete Verband sich auf die Seite der Arbeitgeber schlagen möge. Dr. Krause hat mit seinen Ausführungen sehr wahrscheinlich nicht falsch spekuliert, wie folgende von der Reichskonferenz gegebene Entschließung beweist:

"Das Lohngewerbe der Textil- und Bekleidungsindustrie wendet sich in schwerster Notlage an die deutschen Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden, sowie an die Öffentlichkeit, um als Träger der Produktion und eigenlicher Schöpfer der Textil- und Bekleidungsartikel, sowie als Bildner des beruflichen Nachwuchses den vollen Schutz der Regierungen in allen Lohn- und Arbeitsbedingungen durch arbeitsrechtliche Regelung zu erhalten. Auf Preiswürdigkeit und Spezialisierung von Qualitätsleistungen bedacht, würde es auch in Zukunft bemüht sein, auf dem Wege freier Tarifvereinbarung zur Gelösung des Wirtschaftslebens beizutragen. Der Reichsverband verlangt aber die Regelung des Begriffes „Lohngewerbe“ innerhalb der Gesetzgebung und Errichtung des Lohnverbandes innerhalb der Lohnauskünfte zwecks Garantierung des Mindestinkommens. Das Lohngewerbe, das gegenwärtig bis zu 90 Prozent beschäftigunglos ist, fordert Einzelziehung in die Erwerbslosenfürsorge, desgleichen zur Erhaltung der Lohnwerkschäften langfristige Kredite zu möglichen Zinsen. Das Lohngewerbe verlangt weiter eine tragbare Steuergesetzgebung, insbesondere Befreiung von der Umlagesteuer, die sich als Doppelbesteuerung des Lohnes und dadurch wirtschaftlich preissteigernd auswirkt. Das Lohngewerbe erhebt im Einklang mit dem Reichsverband des Deutschen Handwerks gegen den vorliegenden Entwurf des Preisabbaugesetzes, wenn es einleitig gegen das mittelständige Kleingewerbe gerichtet sein sollte, scharfen Einspruch. Das Lohngewerbe beruft sich in seinen Nöten auf den Artikel 164 der Reichsverfassung, der die Förderung des gewerblichen Mittelstandes in Gesetzgebung und Verwaltung und seinen Schutz gegen Überlastung und Ausplaudung garantiert."

In dieser Entschließung werden Töne angeklungen, die den Arbeitnehmern genugsam bekannt sind. Sie mögen der gesamten Heimarbeiterchaft zeigen, daß sie von dieser neuen Reichsverbandsgründung nichts zu erwarten hat, sondern nach wie vor auf ihre eigenen Organisationen, die freien Gewerkschaften, angewiesen sind.

Neue Steigerung der Arbeitslosenziffer.

In der ersten Januarhälfte ist die Zahl der Haupt-Unterstützungsempfänger von 1,5 auf 1,76 Millionen gestiegen. Die Zahl der sogenannten Zuschlagsempfänger, also der unterstützungsberechtigten Angehörigen, hat zwei Millionen schon beträchtlich übersteigen. Es ist ein grünerer Trost, daß diese neue Steigerung nicht ganz 18 Prozent der Erwerbslosenzahl vom 31. Dezember beträgt, während die Steigerung in der zweiten Dezemberhälfte und 49 Prozent der Erwerbslosenzahl vom 15. Dezember betragen hatte. Ummerhin muß man folgern, daß die Entlassungen und Stilllegungen wenigstens nicht mehr mit jenem Sturmtempo sich vermehren, der in den beiden letzten Monaten des abgelaufenen Jahres so katastrophal wirkte. Mit Beginn des Frühjahrs wird eine automatische Erleichterung deshalb eintreten, weil dann die Wirtschaftswelle wieder beginnt. Hoffentlich wird auch sonst die Wirtschaftswelle bis dahin so auslaufen, daß die Januarziffer der Arbeitslosigkeit als Rekord bestehen bleibt und nicht mehr über-

Erwerbslosenunterstützung für Saisonarbeiter.

Der neue Erlass.

Der sogenannte Saisonarbeiter (Bauarbeiter, Ziegeler, Steinmetz, Binneräucherer usw.) kann nach der bestehenden Reichsverordnung nur unter besonders harten Umständen Erwerbslosenunterstützung erhalten. Die erforderlichen Voraussetzungen werden an Hand von Richtlinien geprüft, die jeder Freistaat an seine Arbeitsbeschaffungsanstalt herausgibt. Über die rücksichtlose, unsoziale Handhabung der Bestimmungen müssen die Beteiligten alljährlich umfangreiche und zahlreiche Klagen führen. Im Herbst 1925 traten viele Beschwerden im preußischen Gebiet des Reiches besonders stark in die Erwähnung. Der Deutsche Bauernverband, der christliche Bauernverband in Verbindung mit dem WGB, haben durch Beschwerdeführung und Verhandlung bewirkt, daß der preußische Wohlfahrtsminister unter dem 19. Januar 1926 nachfolgenden Erlass herausgegeben hat, der sämtlichen preußischen Regierungspräsidenten, den Landesarbeitsämtern, den beteiligten Organisationen und Gesellschaften zu gestellt worden ist.

Die Veröffentlichung des vollen Wortlaus des nachfolgenden Erlasses ergibt sich aus der Notwendigkeit, möglichst weiten Kreisen davon Kenntnis zu geben, weiter aber, weil der vorjährige Erlass vom 22. Januar 1925 durch einige Regierungspräsidenten so spät den Arbeitsbeschaffungsanstalten weitergegeben worden ist, daß die damit beabsichtigte Wirkung nicht eintreten konnte. Ein bevorzugter Fall ist uns zur Kenntnis gekommen, wonach der betreffende Regierungspräsident den Erlass am 7. Mai 1925 an seine Organe weitergegeben hat.

Erlass vom 19. Januar 1926. III. B. 110/26.

Mein Erlass vom 2. November 1925 — III. B. 3499 — hat in seiner Ausprägung folgen gezeigt, die nicht meiner Erfassung entsprechen. Ich habe lediglich auf Antragen die Arbeitslosen, wie sie sich nach den von dem Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundlinien ergibt klarlegen wollen.

Für die praktische Durchführung dieser Erklärung habe ich bereits am 22. Januar 1925 — III. B. 94 — Gesichtspunkte aufgestellt und einige, damals in Betracht kommenden Regierungspräsidenten mitgeteilt, die ich jetzt zur allgemeinen Nachricht bei der Behandlung von Anträgen von Saisonarbeitern wiederhole:

Eine Reihe von Beschwerden über die Handhabung der Unterstützung erwerbsloser Saisonarbeiter, insbesondere des Erstselbes, gibt mir Anlass, auf folgendes hinzuweisen:

Nach den von dem Herrn Reichsarbeitsminister festgelegten Grundlinien ist bei Beantwortung der Frage, ob Saisonarbeiter Erwerbslosenunterstützung erhalten können, davon auszugehen, daß eine Einstellung der Arbeit, die durch die Witterungsverhältnisse hervorgerufen wird, nicht als Kriegsfolge anzusehen ist. Arbeitnehmerseite sind darüber dann gewahrt wie den, wenn der arbeitslose Saisonarbeiter unter normalen wirtschaftlichen Ver-

hältnissen anderweitige Erwerbsarbeit angenommen hätte, eine solche aber bei der bestehenden Lage des Arbeitsmarktes, wie sie sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Kriege ergeben hat, zurzeit nicht finden kann. Das kann im Einzelfall dargetan werden, kann aber auch aufgrund der Gesamtlage des Arbeitsmarktes für eine ganze Kategorie von Arbeitern unterstellt werden. Selbstverständlich müssen auch die übrigen Voraussetzungen für die Unterstützung vorliegen.

Was dabei die Frage der Bedürftigkeit angeht, so stellt ich eine weisungsgleiche Prüfung anheim. Es mag zwar an dem Grundsatz festgehalten werden, daß der Saisonarbeiter einen höheren Lohn eben deshalb erhält, weil seine Hauptarbeitszeit zeitlich beschränkt ist. Es kann aber in diesem Falle nicht an der Tatfrage vorbeigegangen werden, daß der Arbeiter 1924 im Durchschnitt bereits abgebrannt an Kleider, Schuhwerk usw. für sich und seine Familie war, daß er zunächst hier für notdürftigen Einsatz sorgen mußte, bevor er an Erpatentenlasten denken konnte. Bei dem Vorhandensein kleinen sündlichen Besitzes wird auch auf die geringe Ertragfähigkeit eines armen, noch dazu meist wahrscheinlich nicht sehr intensiv bewirtschafteten Rücksicht zu nehmen sein."

Besondere Beschwerden sind mir über die Behandlung der Anträge von Bauarbeitern auf Erwerbslosenunterstützung zu gegangen.

Wenn ich auch mit dem Herrn Reichsarbeitsminister daran festhalten muß, die Bauarbeiter als Saisonarbeiter anzusehen, so ist zweifellos als leitend anzusehen, daß die Bauarbeiter in diesem Jahre unter den besonders ungünstigen Verhältnissen ihres Gewerbes leiden und daher in weitem Umfang erwerbslos sein würden, auch wenn zuzeit nicht infolge des Winters die Bauarbeiten eingestellt wären. Infolge der herangezogenen Wirtschaftskrise hat die Industrie in einzelnen Gegenden vielfach überaupt alle Bauten stillgelegt. Bauten öffentlicher Körperchaften kommen wegen der Finanznot zuerst nicht in Frage. Die ungeheure Erhöhung auf dem Kreditmarkt hemmt die private Baufähigkeit. Die aus der Haushaltsteuer zur Verfügung stehenden Mittel sind zu einem erheblichen Teil erschöpft. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt macht den Bauarbeitern die Aufnahme von Erwerbsarbeit fast ausnahmslos zur Unmöglichkeit. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird daher im allgemeinen von der Tatfrage ausgegangen werden können, daß angehend der augenblicklichen schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt Bauarbeiter eine anderweitige Beschäftigung nicht finden wird, daher Erwerbslosenunterstützung erhalten können, sofern die übrigen Voraussetzungen zu deren Bezug gegeben sind.

Überabdrücke für die niedergeordneten Behörden und Unternehmen sind beigelegt. Für sofortige Weitergabe des Erlasses ist Sorge zu tragen.

get. Hirtefer.

arbeitergewerkschaft. Damit hat sie zu dem im Streitkomitee gefaßten Besluß, die Hoffnungsarbeiten in den 328 stillliegenden Gruben einzustellen, noch nicht geäußert. Nach Ansicht beider Parteien ist damit zu rechnen, daß der Streit nach den ganzen Winter über andauern wird.

Die Goldbilanz. Unter diesem Titel ist in der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin eine 30 Seiten starke Broschüre zum Preise von 1 Mark erschienen. Sie ist verfaßt von Genosse Kurt Heinig. Ende 1928 wurde verordnet, daß die deutsche Wirtschaft ihre Goldbilanz zu machen habe. Die Ergebnisse dieser Abschlußrechnung über die Inflationszeit liegen im wesentlichen jetzt vor. Sie zeigen aber keine klaren Resultate, denn die Goldbilanzierung ist durch die Interessen in eine Sanierung nach ihren eigenen Wünschen umgedreht worden. Die derzeitigen Schwierigkeiten der deutschen Industrie beruhen zu einem großen Teil mit darauf, daß bei der Goldbilanzierung nicht die wirkliche Goldsubstanz der deutschen Unternehmungen festgestellt worden ist. Hinter dem Scheiter jener Sanierung sind die großen Unsicherheiten und Machtverhältnisse des deutschen Industriebes vor sich gegangen. Das wird erst verständlich, wenn man die Entwicklung der Vorzugs- und Borratsaktien, die während der jüngst vergangenen fünf Jahren entstanden ist, in ihren Zusammenhang und Auswirkungen näher kennen lernt. Jetzt belästigen sich Studiengesellschaften mit der Reform des Aktientheiles, das Statistische Reichsamt hat den Aufruf bekommen, die eigenartige Entwicklung der Aktienformen zu registrieren, und bei der Regierung erwägt man gesetzliche Eingriffe. Die Frage der Goldbilanz und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten sind demnach außerordentlich aktuell.

Die Bekämpfung der gewerblichen Unfallgefahren. Um die Zusammenarbeit der staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten und der Beauftragten der Berufsgenossenschaften bei der Bekämpfung der Unfallgefahren in den gewerblichen Betrieben zu fördern, haben sich, einer Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes zufolge, die genannten Aufsichtsorgane zu einer Arbeitsgemeinschaft für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zusammengeflossen. Die von ihnen vereinbarten Grundätze seien insbesondere gemeinsame Erreichung und Austausch von Beobachtungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung vor. Im Hinblick auf die großen Vorteile, die aus dieser Gemeinschaftsarbeit für die Unfallverhütung erwachsen können, hat der Preußische Handelsminister den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten die Beachtung der erwähnten Grundätze zur besonderen Pflicht gemacht.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien begann am 18. Januar auf 1.215.900. Das sind 5503 weniger als in der Woche vorher und 58.833 weniger als im gleichen Zeitpunkt des vergangenen Jahres.

Knappheitswahlen im Saargebiet.

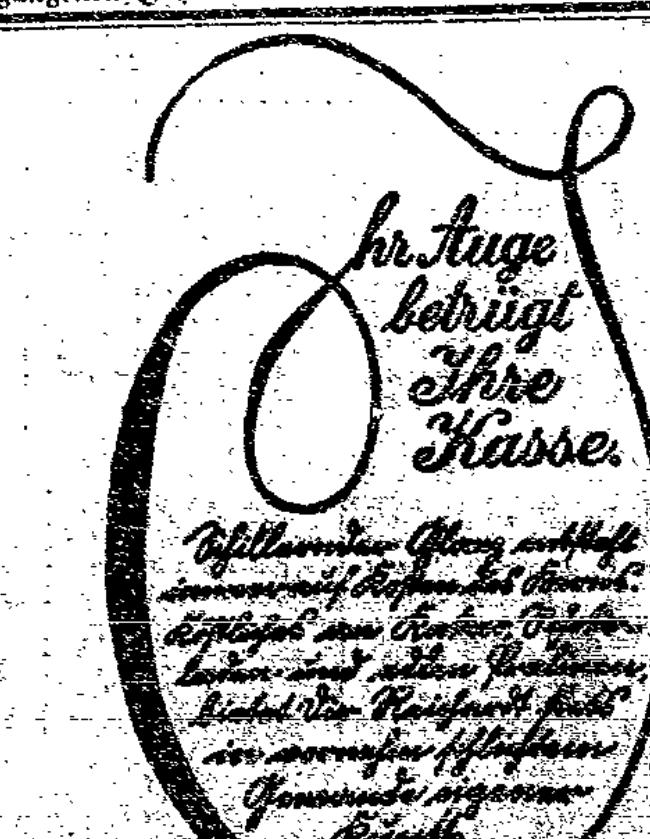
Wie nun mehr feststeht, erhält der alte Bergarbeiterverband bei den Knappheitswahlen für den Saarbergbau 100, die Christlichen erhalten 64 Mandate, und 8 befinden sich noch in der Stichwahl. Dem Bergarbeiterverband war es möglich, trotz einer, von den Christlichen unter starker Heranziehung arbeitsmarktländer Kräfte in den letzten Wochen betriebenen, ziemlich demagogischen Agitation, sein bisheriges Vehemenz im Knappheitswesen des Saargebiets zu erhalten.

Kundgebung für die Freizeit der Jugend.

Unter Führung des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände laden 30 Reichsorganisationen der Wirtschafts- und Jugendspflege zu einer Kundgebung für die gesetzliche Festlegung eines ausreichenden Urlaubs und einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden für die erwerbstätige Jugend unter 18 Jahren ein. Die Kundgebung soll am 4. Februar d. J. abends 7 Uhr in Berlin, im Ständehaus des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stattfinden. Unter den Einberufen befindet sich die Deutsche Liga der freien Wirtschaftspolitik, das Deutsche Zentral-Komitee zur Bekämpfung der Inflation, die Vereinigung deutscher Kommunal-, Schul- und Kirchengemeinde, der Verband für Deutsche Jugendberufe u. a. Einzelheiten sind durch die Geschäftsstelle des Reichsausschusses der Deutschen Jugendverbände in Berlin NW, Motzstraße 7, zu erhalten.

Verstaatlichung der amerikanischen Bergwerke?

Nach einer Meldepunkt aus Washington ist Präsident Coolidge zwar über das Scheitern der Verhandlungen zur Beilegung des Bergarbeiterstreits sehr enttäuscht, lehnt aber noch wie vor jedes Eingreifen ab, solange nicht alle anderen Mittel erprobbar sind. Im Repräsentantenhaus brachte ein dem Präsidenten Coolidge erneut einen Gesetzentwurf ein, der den Präsidenten Coolidge ermächtigen soll, die Bergwerke zu übernehmen. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Abstimmung für diesen Antrag. Inzwischen hat der Gouverneur Pinchot das Parlament des Staates Pennsylvania zu einer außerordentlichen Sitzung zur Beilegung des Streits einberufen. Er hat den Antrag gehabt, die Bergwerke an lebenswichtigen Betrieben zu entziehen und die Bergarbeiterstrasse an die Stelle des Montagsabends per Berg-



Wirtschaft.

Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

100 831 Arbeitslose in Niederschlesien.

In der Berichtswoche setzte sich die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in verhältnismäßig Ausmaße fort. Die Zahl der Arbeitsuchenden liegt in der Provinz Niederschlesien von 98 846 auf 108 631, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 67 603 auf 77 284. Aber auch die Zahl der bei den Arbeitsnachmüssen gemeldeten offenen Stellen war erheblich höher als in der Vorwoche; sie betrug 5780 (in der Vorwoche 2830). In der Stadt Breslau lag nun die Zahl der Arbeitsuchenden 87 048, hieron erreichten 1957 Erwerbslosenunterstützung. Am 21. Januar 1923 betrug die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden in der Provinz Niederschlesien 46 102.

In der Handelswirtschaft hob sich die Nachfrage nach jüngeren männlichen und weiblichen Personal, das nicht in ausreichendem Maße gestellt werden konnte. Familien mit und ohne Haushängern wurden für später angefordert, jedoch ist die Zahl der arbeitslosen Deputationsleute noch sehr groß.

In der Forstwirtschaft fanden nach Beendigung des Holzheimschlages vermögendste größere Entlassungen statt (Königsberg, Gabelschwerdt, Böhmen). Die Zahl der erwerbslosen Hörner zeigt stark zu.

Im Bergbau zeigte sich das Waldenburger Koblenzrevier weiter aufnahmefähig. Im Oberlausitzer Braunkohlenbergbau war die Vermittlungsfähigkeit äußerst gering.

In der Industrie in der Grafschaft Guben hat ein Steinbruchbetrieb in Striegau den Betrieb vollständig eingestellt und die Belegschaft entlassen. Im Bezirk Liegnitz schloss ein Granit- und Marmorkeram gleichfalls den Betrieb. Unter den wenigen noch im Betriebe befindlichen Ziegeleien fanden weitere Stilllegungen statt in den Bezirken Neumarkt und Böhmen. Im Böhmischen Bezug stieg infolge Stilllegung einer großen Anzahl der Betriebe der Glasindustrie die Zahl der Erwerbslosen erheblich (um 150). Im Waldenburger Bezirk fanden weitreichende Entlassungen aus der Porzellanindustrie statt.

In der Metallindustrie wurde die Arbeitsmarktlage weiter. Statistisch in Breslau stieg die Zahl der erwerbslosen Fabarbeiter erheblich. Auch im Waldenburger Revier ist die Lage ganz befürchtet ungünstig. Hier entstehen eine Drahtgewebefabrik eine größere Textilfabrik Arbeitsschäfte. In Rippach entstand eine Blechwarenfabrik vornehmlich Handarbeiter, Schmiede usw. Sojauer.

Im Spinnstoffgewerbe hat eine größere Anzahl Spinnereien und Webereien im Breslauer Bezirk für die nächste Woche größere Entlassungen in Aussicht gestellt. Auch in Lauban ist nach wie vor die Lage der Textilindustrie schlecht. Es finden bauende Entlassungen statt. In Sprottau haben die dortigen Strumpffabriken erneut Werksbesetzungen vorgenommen. Im Reichenbach-Langenbielauer Bezirk fanden weitere Betriebsentlassungen und Entlassungen statt.

In der papiereverarbeitenden Industrie konnte eine Papierfabrik im Kreise Löwenberg den Betrieb zum größten Teil wieder aufnehmen. In der papiereverarbeitenden Industrie entstand eine Kartonspapierfabrik im Böhmischen Revier jämliche Arbeitskräfte. Gedenkt werden größere Entlassungen bei einer Gesellschaftsvermögen statt. In Breslau nahm die Zahl der erwerbslosen Kaufmänner nach zu. Zugleich kamen zu einem Zigarettenfabrik eine Anzahl Kartonagearbeiterinnen vermittelt werden.

Im Holz- und Spannstoffgewerbe entstehen eine größere Spannungsstofffabrik im Gabelschwerdter Bezirk eine Anzahl Arbeitsschäfte. Im Waldenburger Bezirk fanden gleichfalls bei einer Spulen- und Holzwarenfabrik größere Entlassungen statt. Somit steht eine größere Holzwandlungsanstalt im Orlauer Bezirk den Betrieb vollständig stilllegen.

Im Rohzugs- und Gemüsemittelgewerbe fanden verhältnismäßig noch Entlassungen in den Jauerländern statt. Im Schweidnitzer Bezirk hat ein größeres Raffungsmittel-

werk den Betrieb vollkommen eingestellt. Im Tobalgewerbe landen aus den Ohlauer und Brieser Zigarrenfabriken weitere Entlassungen statt. In Breslau konnte eine größere Zigarettenfabrik den größten Teil der seinerzeit entlassenen weiblichen Arbeitskräfte wieder einstellen.

Im Bekleidungsgewerbe ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor ungünstig. Die Zahl der arbeitsuchenden Schneider und Schneiderinnen im Blauf- und Konfektionsgewerbe zeigt weiter erheblich. Auch in der Möbel-Industrie fanden weitere Entlassungen von Arbeitskräften statt. Ebenso wurden Entlassungen in der Schuhindustrie beobachtet.

Im Baugewerbe ruht die Tätigkeit fast ganz. Im Werkstofffertigungsgewerbe hat sich in Breslau die Lage etwas gebessert und zwar insfern, als in der letzten Zeit starke Entlassungen von Schriftsettern und Maschinenmeistern nicht mehr zu beobachten waren.

In der Gast- und Schankwirtschaft nimmt die Zahl der männlichen und weiblichen arbeitsuchenden Kräfte allenthalben weiter zu.

Verkehrsgewerbe. Infolge Einstellung der Obergriffahrt nahm in den Schiffahrtsorten der Oder-Spreng, Ohlau, Mohlau, Swidnitz und Glogau die Zahl der erwerbslosen Schiffer stark zu.

Für ungesetzte Arbeitskräfte boten sich fast keine Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für Hausangestellte ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Selbst gute Kräfte waren nur mit Mühe unterzubringen.

Der bescheidene Landbund.

Niemand versteht es so ausgezeichnet auf Kosten der Allgemeinheit zu leben als die Deutschnationalen. So deren Organisationen politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Art sind, es ist immer das gleiche, es wird gesucht, was das Zeug hält. Die neueste für den Bettel geschaffene Einrichtung in diesen Kreisen scheint der Landbund zu sein. Hier sind die weitesten Kreise der Bevölkerung davon überzeugt, daß es die überflüssigste Organisation ist, die man für überhaupt denken kann. Aber die Deutschnationalen in Oberschlesien sind der Meinung, daß das Fortbestehen des Landbundes in öffentlicher Interesse liege. Es geht ihm nämlich schlecht, dem Landbund, auch in O.S. Lüttige Steuermannen haben dieses stolze Schiff auf die Klippen gefetzt, von denen es nicht freikommen kann. Über so große Stümper diese Landbundsführer in wirtschaftlicher Beziehung auch sein mögen, sie finden immer Quellen, aus denen sie waison trinken möchten. Und dorhln führen sie in der Regel ihre Freunde. Als ein ausgezeichnetes Objekt ihrer Bettelei betrachten die Landbündler von O.S. den Oberschlesischen Provinziallandtag, dem sie auf seiner letzten Tagung durch Antrag zumuteten:

dem überörtlichen Landbund angehüis der wirtschaftlichen Lage seiner kleinbäuerlichen Mitglieder eine einmalige Beihilfe von 60 000 Reichsmark zur Förderung der Organisation aus Provinzmitteln zu bewilligen, weil die Beiträge für die Organisation nicht hereinkommen und der Landbund doch eine Organisation darstelle, deren Existenz im öffentlichen Interesse liege.

Der Antrag war unterzeichnet von den Herren: Hillebrand, Thomas, v. Waggott, Franz Beyer, F. Greulich, und wurde selbstverständlich gegen die Stimmen der Rechtsparteien abgelehnt. Immerhin, es bleibt eine nette Unverschämtheit, die sich der Landbund und seine Auftraggeber da geleistet haben. Denn sie sind es ja mit, die stets mit „weiten Ratschlägen“ bei der Hand sind, wenn es gilt, der Wirtschaft auf die Beine zu helfen. Sie diese Ratschläge allerdings auszuführen, beweist allein die Tatsache, daß die Deutschnationalen ihre eigenen Wirtschaftsorganisationen (siehe den Landbund) damit nicht stoßen können.

Wir hätten das Gehört hören mögen, daß diese Gesellschaft erhoben hätte, wenn eine freigewirtschaftliche Organisation mit

solchen Forderungen an den Provinziallandtag herangezogen wäre. Sofortiges Gebrüll rechts unter Hinweis auf die Futterkrippe wäre die Antwort gewesen. Über in diesem Falle berichtet Schweigen in dem deutschnationalen Blätterwald.

Klugzeugbauschiff. Auf Schweizer Gebiet, an der Mündung des Rheins in den Bodensee, wird eine Zweigwerftierung der Dornier-Werke für den Klugzeugbau mit Klugzeug entstehen. Das in Aussicht genommene Gelände umfaßt 74 Hektar und soll auf hundert Jahre gepachtet. Die Gemeinde Wangen hat zum Ausbau eine einmalige Unterstützung von 60 000 Francs, die Gemeinden Reichen und Rohrdorf von je 20 000 Francs bewilligt. Das neue Werk wird ungefähr 600 Arbeiter beschäftigen.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtwiekmärkte.

Hauptmarkt am 27. Januar.

Der Absatz betrug: 1117 Rinder, 216 Schweine, 1189 Schafe. Der Absatz vom vorigen Markt waren: 29 Rinder, 2 Schweine, 25 Schafe.

I. Kinder.

- | | |
|---|-------|
| a. vollzählige, ausgemästete männliche Schlafwerte, die noch nicht gezogen haben (ungelebt) | 40-42 |
| b. vollzählige, ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren | 35-38 |
| c. junge Hirschkinder, nicht ausgemästet und ältere ausgemästete | 27-34 |
| d. möglich genährte junge | 19-25 |

B. Küsten:

- | | |
|--|-------|
| a. vollzählige, ausgemästete männliche Schlafwerte | 40-42 |
| b. vollzählige jüngere männliche Schlafwerte | 41-45 |
| c. möglich genährte junge und gut genährte ältere | 35-38 |

C. Kalben und Kühe:

- | | |
|--|-------|
| a. vollzählige, ausgemästete Kalben männlichen Schlafwerts | 41-45 |
| b. vollzählige, ausgemästete Kühe männlichen Schlafwerts bis zu 7 Jahren | 38-40 |
| c. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Küken | 27-35 |
| d. möglich genährte Kühe und Küken | 19-25 |

D. Gerling genährtes Jungvieh (Greifer).

- | | |
|--|-------|
| a. Doppellender junger Rost | - |
| b. feinige Rostkalber | 40-45 |
| c. mittlere Rost und hohe Saugkalber | 35-40 |
| d. geringere Rost und geringe Saugkalber | 41-45 |

III. Schafe.

- | | |
|--|-------|
| a. Stalldomänen: | 40-42 |
| b. ältere Wollschafe, geringere Wollschafe | 35-38 |
| c. möglich genährte Schafe und Schafe (Mergschafe) | 30-37 |

E. Weidemäntel:

- | | |
|---------------------------------|---|
| a. Wollschafe | - |
| b. geringeres Lämmer und Schafe | - |

IV. Schweine.

- | | |
|--|-------|
| a. Rassischweine über 150 kg (3 Rentner) Geburtenmöglich | 71-75 |
| b. vollzählige Schweine über 120-150 kg (240-300 Gr.) | 65-70 |
| c. " " " 100-120 kg (200-240 Gr.) | 65-70 |
| d. " " " 80-100 kg (160-200 Gr.) | 55-65 |

- | | |
|---|-------|
| e. Sauen und gesättigte Über | 55-65 |
| f. Seifzäsigwag. Da auch schwanger ist. | - |
| g. Nicht erzielbare Übernahmen | - |

Die Sonne zwischen Stadt- und Marktgemeinden wird mittelgebaut durch die nachstehenden Händlermeilen für Fleisch, Markt, Butter und Butterverarbeitungen, Umstädter und Bergl, jeweils durch den unverbindlichen Gemüseladen vom Stad zum Markt.

Absatz nach Oberschlesien: 191 Rinder, 97 Schweine, 32 Rinder, 6 Schafe.

Wiederholung: Mittel u. Niederschles., 56 - 106 - 5 - 8 -

Sachsen: 102 - 18 -

Westdeutschland: 21 - - -

Unterfrank. Berlin: 5 - - -

Unterfrank. nach anderen Plätzen: 8 - - -

Ueberland und verbleiben: 8 - - -

Strumpf-Fuchs

Beginn
29.
Januar

Inventur-Verkauf

Beginn
29.
Januar

Unglaubliche Preise für Qualitäts-Düren

Auf alle im Inventur-Verkauf
nicht herabgesetzten Artikel
gewähre ich mit Ausnahme
weniger Marken- u. Netto-Artikel

10%

Stickereien	14 Madapolam, 105-Meter-Stücke per Stück 1.50, 1.80	0.95
Spitzen	Klapp-Zwirnspitzen - Einfache 5,- 7,- und 10-Meter-Stücke	0.95
Plisseekragen	Volle und Teil, schwarz und braun, 1.50-1.80 je Stück	2.00
Straußfederfransen	schwarz u. farb., 25 cm hoch, 15.00,- je Stück	7.50
Strickjackenbügel	mit Stoff über zogen, sonst 4,- je Stück	0.48
Taschenbücher	teil. Leder, mit Holzknochen, je Stück, Mitte-Nordmark, je Stück, Mitte-Nordmark, je Stück, 0.18	0.18
Marocains	und andere Seidenstücke bis 12.00,-	5.00
Zill- und Spitzenrolants	weiß, blau Kleider, 30 cm breit	3.95

Posamentenbesätze und Metallborten	Meter 25 4-15 4. 0.05
Seidentüllle	moderne Farben, 200 cm breit statt 3.95
Metallvolants	schwarz/gold und silber, ca. 50 cm breit, Meter 6.50, jetzt
Herrenkragen	Ecken, Stahlumlage u. Dauer- wäsche, bisher Stück 1.00,
Oberhemden	prima Perkal, einzelne Weiten Preis 6.75-8.75, jetzt
Oberhemden-Ersatz	Vorhand in Seiten- und 2 Kragen, jetzt
Pyjamas	spare Denim, bestens verarbeitet, früher Preis bis 12.00,-
Badehöschen	la Chenille-Frotte, neue Muster, früher Preis 9.50,-
Badeanzüge	marine, glatt, 28-100 cm lang statt 2.00
Badecape u.-mäntel	Herren u. Dam- bath, 27.50, 41.00
Mädi-Kappen	Flock-Ware, alle Farben, bisher 2.50, jetzt
Schlupfhosen	la Kunstseide grau/rot, schlaue Farben, bisher 2.50, jetzt
Reinseidene Schläpfer	schlaue Formen Basis 17.50, jetzt
Kragenschoner	Kompleide, elegante Karos u. Streifen, bisher 2.50, jetzt

Strick- u. Jackenwollen 10% Rabatt
wird trotz der niedrigen Preise mit 10% Rabatt

Damenstrümpfe Baumwoll-, Mako, Finis, Flor	1.45-1.75, jetzt
Damenstrümpfe la künstl. Seide, fast un- merk. Fehlch. regul. 2.00	1.75
Brokatstrümpfe i. Gold- u. Silberschluß, auf la Flor . früher 8.75, jetzt	1.95